

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18,00 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 4,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,50 Mark, Reklamen 20,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 124

Dienstag, den 30. Mai 1922.

29. Jahrgang.

Genua vor dem Reichstag.

Erklärung der Reichsregierung über die Konferenz in Genua.

Reichskanzler Dr. Brüning:
In Genua sind die Vertreter aller europäischen Nationen zusammengetreten, um einer großen Idee zu dienen, der Idee der Solidarität der europäischen Völker. Der Gedanke der Konferenz von Genua ist von England ausgegangen. Sie war gedacht als eine Weltkonferenz, die die wirtschaftliche Spannung in der ganzen Welt heilen sollte. Eingeschränkt worden ist er zunächst durch die Weigerung Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen, sodann durch die Haltung Frankreichs, das die Tagesordnung so beschränkte, daß nicht einmal die gesamte europäische Krise in das Programm von Genua aufgenommen worden ist. Innerhalb dieser europäischen Krise kann man große Gruppen von Fragen unterscheiden: Es ist die Krise der ehemaligen Staatenbündnisse, die vor dem Kriege bestanden, und zum Krieg geführt haben; es ist die Krise in den europäischen Staaten selbst; es ist die Krise in der europäischen Kultur und der sozialen Spannung; es ist schließlich die Krise der europäischen Gesamtwirtschaft. Das Instrument, das diese großen Krisen einmal behandeln sollte, sollte die Genueser Konferenz sein. Diese Genueser Konferenz ist in ihrem Programm so reduziert worden, daß die tagenden Völker schließlich nicht einmal mehr in offiziellen Sitzungen die Wahrheit hören sollten über all diese Fragen, daß sie nicht einmal die Probleme in aller ihrer Schärfe erörtern konnten.

Die in Genua inoffiziell behandelten Fragen sind vielleicht die wichtigsten Fragen gewesen.

Ich erinnere nur an die Reparationsfrage, die für uns die wichtigste ist, und die nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Frage ist. Ueber die Reparationsfrage ist, wenn auch nicht offiziell, sehr viel gesprochen worden. Fast alle Gespräche zwischen verantwortlichen Politikern berührten sehr rasch die Reparationsfrage. Die Genueser Konferenz bedeutet zweiwöchentlich einen Fortschritt. Wir sind, nach außen gesehen, als gleichberechtigte Macht auf der Genueser Konferenz gewesen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einem Staatsmann der Alliierten diese Frage zu besprechen. Wir waren uns beide einig: Auch wenn Genua große Hoffnungen nicht vermittelte hat, schon die Tatsache, daß seit 3 1/2 Jahren nach dem Waffenstillstand sich die Mächte einmal friedlich versammeln und Probleme der Wirtschaft und der europäischen Politik besprechen und Beschlüsse von Volk zu Volk schlagen, schon allein diese Tatsache ist ein großer einzigartiger Fortschritt.

Diesem Fortschritt dienen auch die Arbeiten der deutschen Vertreter in den Kommissionen, über die, wenn es erwünscht wird, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister gern berichten werden. Ich will die dort gefundenen theoretischen Leitfäden nicht überschätzen, aber wir müssen uns in Deutschland zunächst einmal vor Unternehmungen hüten. Wir haben nur eins zu tun: Die dort gefundenen Leitfäden sind für die Finanzabklärung, für den Verkehr und für die Wirtschaft zu Richtlinien unserer Völker zu machen, und wir werden es tun. Wir hoffen, daß sich die anderen auch nach ihnen richten werden. Wir haben in Genua Politik gemacht im Sinne der europäischen Verständigung und jederzeit unsere Hand geboten, um zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit zu kommen. Nicht in allen Punkten konnten wir uns an einer solchen Arbeit beteiligen. Wir waren gleichberechtigte Mitglieder in der ersten Kommission, die eine Unterkommission bildete, der die Hauptfragen der Konferenz ausgearbeitet wurden. Wir neigten einen französischen Vorstoß in der Unterkommission ab, der uns auf die Rolle kleiner Staaten der neutralen Welt stellen wollte. Aber im Laufe der Konferenz stellte es sich heraus, daß sich neben dem Obersten Rat, der noch nicht in die Erörterung trat, eine neue Union der einladenden Mächte bildete, und daß diese ohne uns und ohne, daß wir die Gewähr hatten, daß unsere Interessen gewahrt würden, mit Rußland Verhandlungen begann, denen wir nur mit größter Spannung und Sorge entgegenzusehen konnten. Es war deshalb nötig — und das war nicht ein Irrtum der deutschen Politik, sondern unser pflichtgemäßes Handeln (Sehr richtig!), daß wir selbständig versucht haben, unsere Fragen mit Rußland zu lösen, nachdem die anderen uns dazu gerade Veranlassung gegeben hatten.

Es ist eine große Aufregung über den Vertrag von Rapallo durch die Welt gegangen.

Die sich auch nach Deutschland übertrug. Aber diejenigen, die jenseits der Grenze sich am lautesten über diesen Vertrag ausgeäuert haben, haben ihr nach meinem Eindruck nicht einmal gesehen. Vielmehr hat schon allein die Tatsache, daß Deutschland selbständig handelte, in jenen Kreisen Befürchtung hervorgerufen. Über den Rapallo-Vertrag sorgfältig und unvoreingenommen durchleuchtet, muß gestehen, daß er ein ehrliches und aufrichtiges Friedenswerk ist. Es ist in gewissem Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag, in dem es weder Besiegte noch Sieger gibt. Es ist die vollkommene Liquidierung der aus dem Kriegszustand herrührenden gegenseitigen Forderungen. Noch unverständlicher ist die Behauptung von der angeblichen Täuschung dieses Vertrages als ein kriegerischer Faktor in Europa. Den Aufschrei für diesen Vertrag gab die Entente selbst. (Zustimmung.) Durch die Aufhebung der materiellen

Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und der dazu gehörenden Zusatzverträge mußte eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland vorgenommen werden. Notwendig war vor allen Dingen eine Abklärung der gegenseitigen Forderungen. Artikel 116 des Versailler Vertrages nötigt uns, den hier geschaffenen Ausgleich mit Rußland zu erreichen. Gerade über den Artikel 116 herrschte bei sehr vielen verantwortlichen Politikern der Welt keine allzu große Kenntnis. (Hört, hört!) (Der Reichskanzler verliest ihn.) Der bedeutsamste Satz ihm lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erhalten, da es den Grundgedanken des gegenwärtigen Vertrages entspricht.“ Da die ändern uns nicht hinzugezogen, mußten wir uns einseitig mit Rußland zu einem ehrlichen gegenseitigen Vertrag kommen. Vielfach wurde auch bei uns zwar nicht der Inhalt des Vertrages, wohl aber der Zeitpunkt seines Abschlusses als Drohung aufgefaßt. Auch das ist vollkommen anzutreffend. Der Vertrag war in seinen Grundzügen längst vor Genua fertiggestellt. Deutschland hat von dem Abschluß des Vertrages vor Genua in der Hoffnung abgesehen, daß die Leitfäden des Vertrages dem voraussetzlichen Genua-Pakt angepaßt werden könnten. Deutschland wollte kurz vor Genua jede Sonderaktion vermeiden, ja sich aber dann von den Verhandlungen über Rußland ausgeschlossen. Es hat lediglich am Dienstag an einer kurzen Sitzung teilnehmen können, der das Londoner Memorandum als Verhandlungsbasis vorgelegt wurde. Dieses Memorandum enthält die ausdrückliche Befestigung des Art. 116. Ferner waren sämtliche Vorkriegsansprüche Deutschlands gegen Rußland durch dieses Memorandum eliminiert. Von Dienstag bis Sonnabend vor Ostern wurden wir wiederholt vergeblich vorstellig, um zu verhindern, daß wir nicht aus Artikel 116 mit neuen Lasten belastet würden, die den Ring der Schuldnechtschaft um Deutschland endgültig geschlossen hätten. Lloyd George hat in seiner ersten Rede nach der Konferenz einen großen Fehler begangen. Es wird davon abhängen, auf welchen Standpunkt der europäischen Politik man sich stellt, ob man den Vertrag von Rapallo als fair oder unfair betrachtet.

Lloyd George gibt in seiner Rede zu, daß die Entwicklung der Verhältnisse Deutschlands zu Rußland zu gegenseitiger Verständigung führen mußte. Wenn das stimmt, dann liegt der Irrtum nicht auf unserer Seite.

Lloyd George warnt in seiner Rede auch die Welt, das deutsche und russische Volk nicht weiter zur Verzweiflung zu treiben, da sonst ungeheure Konsequenzen entstehen könnten. Ich wiederhole nochmals ausdrücklich, daß der Rapallo-Vertrag keinerlei derartigen Absichten enthält. Er realisiert nur den Willen zweier Nachbarreiche, die Frieden und Verständigung in der Zusammenarbeit suchen und deshalb endgültig einen Strich unter die Vergangenheit machen. Er bedeutet eine Brücke zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, zum Wohle beider Seiten. Es ist von Bedeutung, daß der Rapallo-Vertrag bei den Arbeitern der ganzen Welt als erstes wahres Friedenswerk nach der Katastrophe gewürdigt wurde. Der Vertrag bedeutet aber nicht die Einmischung in die innerparteilichen und sozialen Verhältnisse eines anderen Landes. Was das Gerübe über Geheimklauseln betrifft, so ist zu betonen, daß der Vertrag gar keine Geheimnisse und damit auch keine militärischen Geheimnisse enthält. Wer das Gegenteil behauptet, treibt böswillige Verleumdung, um dem Friedenswerk in Europa Schwierigkeiten zu machen. Die Bestimmungen des Vertrages sind bereits in Kraft getreten. Wir beabsichtigen aber, den ganzen Vertrag dem hohen Hause zur Diskussion und zur Genehmigung im Rahmen der Verfassung demnächst vorzulegen. Das Werk, die Verhältnisse der Ostgrenze zu regeln, wurde in Genua nicht zu Ende geführt; nicht durch unsere Schuld. Wir haben wiederholt feststellen können, daß sowohl Rußland als auch die Westmächte unsere Vermittlung, in die wir hineingewachsen sind, dankbar anerkannt haben. Wir haben eine Brücke zu schlagen versucht zwischen der östlichen und westlichen Auffassung.

Das Werk des Friedens ist in Genua nicht zum Abschluß gekommen.

Es wird fortgesetzt durch eine Tagung der Sachverständigen im Haag. Wenn gewünscht, aber nur wenn gewünscht wird, sind wir bereit, unsere Vermittlerrolle aufrichtig und ehrlich weiterzuspielen. Alle, die leben wollten, konnten schon in Genua erkennen, daß es uns ernst ist, mit den ändern Nationen uns zu verständigen. Neben der russischen Frage sind in Genua andeutungsweise auch noch andere Fragen zur Diskussion gestellt worden. Ich erinnere an die Dreuga Dei (Gottesfriede), ein Gedanke groß und erhaben, wie die übrigen Gedanken, die zur Genueser Konferenz geführt haben. Eine Dreuga Dei wie sie vorgeschlagen worden war, wäre für das deutsche Volk zunächst eine sehr schmerzliche Sache gewesen.

Allen ändern Völkern Europas den Frieden geben und das deutsche Volk fortwährend neuer Sanktionen aussetzen, das ist kein Gottesfriede. (Sehr richtig!)

Die Welt war noch nicht reif für den großen Gedanken. Es kam eine Dreuga Dei kleineren Formats zustande, um die Verhältnisse der Ostgrenze zunächst einige Monate wenigstens im Beharrungszustand zu lassen. Ein kleiner Schritt, aber immerhin ein Schritt zur Befriedung Europas. Eine wirkliche Befriedung ist natürlich nur zugleich mit der Lösung der Repara-

tionsfrage möglich. Hier muß vor allen Dingen die unglückselige Politik der Termine einmal aufhören. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Politik auf Termine bedeutet für jedes Volk den Tod. Kein Wunder, wenn immer wieder die Erregung das deutsche Volk ergreift. Man wird den Eindruck nicht los, daß die so geschaffene Spannung eine künstlich gewollte Macht gewesen ist. Wir wollen diese Spannung in den Hauptpunkten als überwunden betrachten. Jetzt handelt es sich darum, das große Ziel der Befriedung Europas mit den Verhandlungen, die zurzeit in Paris geführt werden, zu verbinden. Wie es in Genua gelungen ist, die Schwierigkeiten, die die Konferenz zum Scheitern bringen sollten, zu überwinden, so muß es auch gelingen, die Hindernisse der nächsten Monate aus dem Wege zu räumen. Dann kann erst eine Regelung gefunden werden, die für das deutsche Volk günstig ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Sanktionspolitik weiterzuführen, hieße, Genua verneinen und den Geist der Zerstörung endgültig freigegeben.

Ich fasse zusammen: Das Ergebnis von Genua war nicht allzugroß. Die Lösungen sind klein und bescheiden; doch nach der großen Katastrophe ist auch ein kleiner Schritt ein bedeutender Schritt. So bitten wir Sie, den Vertrag von Rapallo als einen Friedensvertrag zu würdigen, unsere persönliche Fühlungnahme mit den Staatsmännern und Politikern anderer Nationen, mit denen wir 8 Jahre nicht zusammengekommen sind, ebenfalls als einen Fortschritt würdigen zu wollen. Auch bitten wir Sie, in das Reich des Fortschritts auch den kleinen Schritt einzureihen, die östliche und die westliche Welt einander wieder verständnisvoll näher zu bringen, und unterstützen Sie unsere Politik, damit die Hoffnung wächst, daß eine Befriedung Europas und namentlich ein Friede für das deutsche Volk erzielt werden kann. (Lebhafte Beifall.)

Besprechung der Regierungserklärung.

Müller-Franken (SPD): Der Reichskanzler ist nur nebenbei auf die Pariser Verhandlungen eingegangen und besprach in der Hauptsache die Konferenz von Genua. Ich habe die Absicht, diesem Beispiel zu folgen, weil unsere Debatte die Pariser Verhandlungen nicht stören soll. Der Reichstag hat die Aufgabe, zu den bereits historisch gewordenen Verhandlungen in Genua Stellung zu nehmen. Der Kanzler stellte die Frage, warum die Ergebnisse der Genueser Konferenz so mager waren. Seine Ausführungen zur Verantwortung dieser Frage stimmten vielfach mit dem überein, was wir aus dem englischen Parlament gehört haben. Dort hat der Sprecher der Arbeiterpartei darauf hingewiesen, daß die Konferenz ihre Aufgaben nicht erfüllen konnte, weil die Reparationsfrage nicht besprochen wurde. Er charakterisierte dann auch den Versailler Vertrag als einen Kriegsvertrag, von dem kein Friede kommen könne. (Zustimmung.) Ich stimme auch mit dem Sprecher der englischen Arbeiterpartei dahin überein, daß die Genueser Konferenz nur möglich war, weil Lloyd George mit Unermüdlichkeit und Ausdauer die Schwierigkeiten zu überwinden versuchte. England kann nicht leben wenn Europa zugrunde geht. Freilich hat Lloyd George es heute schwer, die Uebel des Versailler Vertrages aus der Welt zu schaffen, da er ja selbst seiner Zeit bei der Fertigstellung dieses Vertrages mit beteiligt war. Die Verhandlungen in Genua haben gezeigt, daß es vor allem der nationale Block in Frankreich ist, der der Befriedung Europas verhindern. Wir haben ein Recht dazu, das mit besonderem Nachdruck zu betonen, weil wir nie auf irgendwelche Unstimmigkeiten in der Entente spekuliert, und weil wir Frieden haben wollen zwischen dem deutschen und französischen Volk.

Aber eben deshalb müssen wir hervorheben, daß die Gehässigkeit Barthous in Genua und noch viele andere Dinge zeigen, daß in Frankreich heute noch immer der Geist des Militarismus die Vorherrschafft hat.

Diese ewigen Provokationen stärken in Deutschland nur den Nationalismus. Die Verhandlungsbasis für Genua war viel zu beschränkt und beengt, als daß ein fruchtbares Ergebnis in großem Ausmaß hätte erwartet werden können. Trotzdem, darin stimmen wir mit dem Kanzler überein, bedeutet schon die Fühlungnahme der verschiedenen Staatsmänner etwas Gutes. In verschiedenen Kommissionen, wie vor allem in der Wirtschaftskommission, wurde brauchbare Arbeit geleistet, und es schadet wohl nicht, wenn wir darauf hinweisen, daß es immer wieder Gedanken der Sozialdemokraten waren, zu denen sich, wenn auch oft mühsam und gequält, die Kommission da und dort befennen mußte. Ich erinnere nur an die Notwendigkeit einer Regelung des Handelsverkehrs auf der Basis der gegenseitigen Meißbegünstigung. Diese Regelung wird von Tag zu Tag notwendiger, denn schon steht am Horizont eine neue schwere Wirtschaftskrise, und das Unheil, das Österreich und Rußland heimsucht, ist für Deutschland noch keineswegs vermieden. Die ewigen Preis- und Wankungen erschüttern die Ruhe, die Kerben und die Gesundheit der Massen und der Wirtschaft. Wir hoffen, daß der Geist von Genua die Pariser Verhandlungen betrachtet. An uns soll es nicht fehlen. Wir sind nach wie vor bereit, zu leisten, was in unsern Kräften steht. Es wird aber auch Zeit, daß man endlich auch einmal auf der ändern Seite erkennt, daß die Bestimmungen

Fähigkeit eines Volkes nur gehemmt wird, wenn ihm untragbare Lasten aufgebürdet werden.

Die Leistungsfähigkeit kann nur gesteigert werden, wenn das Volk ein Ziel vor den Augen sieht, einen Ausweg aus der Not und dem Jammer unserer Tage.

Die Leistungsfähigkeit kann nur gesteigert werden, wenn das Volk selbst einen Fonds von Vertrauen und Hoffnung auf Besserung besitzt. In den Verhandlungen, die im Haag geführt werden sollen, ist Deutschland zunächst nicht beteiligt, weil der Rapallovertrag abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag hat ungeheures Aufsehen und ungeheure Aufregung seinerzeit beim Volk hervorgerufen, allein, es ist kein Zweifel, daß das Verhalten der einflussreichen Mächte in Genua die Tendenz hervorrief, Deutschland und Rußland zu einem Akt der Selbsthilfe zu treiben. Man hat in Deutschland da und dort gesagt, der Rapallovertrag habe bei den Massen deshalb freundliche Genugtuung ausgelöst, weil er einen Vorstoß darstellte. Wir sind anderer Ansicht. Die arbeitenden Massen haben den Vertrag begrüßt, weil er endlich einmal ein wirklicher Friedensvertrag war. In diesem Vertrag steht nichts von dem Geist von Prestidivots und von Versailles. Schon 1919 hat Deutschland in wirklicher Friedensgenugung es abgelehnt, sich an einer Blockade gegen Rußland zu beteiligen. Hätten die Mächte der Entente damals Deutschlands Vorgehen beachtet und befolgt, Europa wäre heute weiter. Hoffen wir, daß im Haag nach den von Deutschland von 1919 bis zur Stunde befolgten Methoden vorgegangen wird. Gegen den Inhalt des Vertrages von Rapallo haben wir nichts einzuwenden.

Wir betonen, daß wir kein Interesse an einem Sturz der Sowjetregierung haben, weil ein solcher Sturz nur den Heilungsprozeß in Rußland aufhalten würde.

Auch der Vertrag von Rapallo ist nur fruchtbar im Wege der verbotenen Vertragserfüllung. Die wirtschaftlichen Aussichten des Rapallovertrages soll man nicht überschätzen. Rußland ist zu sehr zerrüttet. Der Rapallovertrag ist ein Friedensinstrument. Kein deutscher Staatsmann könnte sich halten, der hinter dem Rücken des Parlaments Geheimabkommen und gar militärische Geheimabkommen abschließt.

Wir würden alle Kraft aufbieten, um einen solchen Staatsmann zu stützen. Militärische Abkommen sind die Quellen des Krieges. Wir bleiben nach wie vor bei unserer Parole: Nie wieder Krieg! Aber schließlich haben es die Ententemänner in der Hand, im Rahmen ihrer Politik für Sicherung des Friedens Sorge zu tragen. Wir haben das einen Völkerbund, einen sehr unvollkommenen zwar, aber immerhin einen Völkerbund. Wir haben die Auffassung, daß Deutschland in einen wirklichen Völkerbund hineingehen soll. Es ist bekannt, daß in Genua von dem italienischen Außenminister Schanzer in diesem Punkt verschiedene Anregungen gegeben wurden. Es wäre wünschenswert,

wenn die Regierung hierüber vielleicht einige Mitteilungen machen würde. Die Ententestaatsmänner haben es, wie gesagt, in der Hand, den Völkerbund zu einem Garant des Weltfriedens zu machen. Das müssen vor allem die englischen Staatsmänner bedenken, die für das Entstehen und Gedeihen des Völkerbundes ein großes Stück Verantwortung haben. Lloyd George hat in seiner Unterhausrede betont, England wolle mit seiner ganzen Kraft für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens eintreten. England will den Frieden, England ist ja aus dem Weltkriege ruiniert hervorgegangen. Die deutsche Demokratie wird England im Kampf um den Weltfrieden unterstützen, vor allem werden die deutschen Arbeiter diese Friedensströmungen stark zu unterstützen versuchen. Die Pariser Verhandlungen geben Gelegenheit, tüchtige Vorarbeit für die Befriedung der Welt zu leisten. In Paris kann der Boden geschaffen werden, auf dem etwas Energie für die Solidarität der Völker unternommen werden kann. Ein energischer Schritt in dieser Richtung muß getan werden, wenn nicht Europa schließlich doch an den Folgen der Kriegszeit zugrunde gehen soll.

Marx (3.): Die Konferenz von Genua ist von meinen Freunden als bedeutende Wertstätte auf dem Wege der Friedenspolitik begrüßt worden. Für Deutschland wurden immerhin bedeutungsvolle Ergebnisse erreicht. Deutschland erschien als gleichberechtigte Nation. Das ist ein Fortschritt, und wir meinen, daß dieser Fortschritt der Koalitionspolitik zu danken ist, die wir in den letzten Jahren unterstützt haben. Eine Politik nach der anderen Seite hätte diesen Erfolg nicht gezeitigt. Wir haben bis jetzt wenigstens die Einheit des Deutschen Reiches aufrechterhalten, und das verdanken wir nicht Ihrer (nach rechts) Politik, sondern der Koalitionspolitik. Der geschickten Haltung unserer Vertreter, besonders unseres Reichsanzlers und des Außenministers Dr. Rathenau, ist es zu danken, daß Deutschland trotz aller Schwierigkeiten in Genua doch die Stellung immer wieder einnehmen konnte, die ihm gebührt. Ohne befriedigende Lösung der Reparationsfrage gibt es keinen Frieden.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 11 Uhr. Weiterbesprechung der Regierungserklärung. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Völkerbund hat am Montag die Geschäftsfrage für die nächsten drei Tage dahin bestimmt, daß am Montag die Aussprache über die Genuever und die Pariser Verhandlungen beginnt, und am Dienstag vormittag in einer Sonder Sitzung die oberste Frage erledigt wird, und dann am Nachmittag die am Montag begonnene Aussprache fortgesetzt wird. Am Mittwoch soll dann noch der dänische Vertrag zur Verhandlung kommen. Am 29. Juni wird der Reichstag zum Besuche der Gewerbebau nach München und im Anschluß daran nach Oberammergau fahren.

Die unabhängige sozialdemokratische Partei gibt dazu eine Erklärung, in der sie ihre Unterschrift gemeinsam mit den beiden Rechtsparteien zwar ablehnt, aber sich in einer besonderen Begründung sachlich ebenfalls auf das schärfste gegen die Bestrebungen der Sonderbündler ausspricht, da eine weitere Zerstückung des deutschen Wirtschaftsgebietes geeignet sei, die Bereicherung des deutschen Proletariats nur noch zu verzögern. Die von den Separatisten genährte Hoffnung, daß eine rheinische Republik von den Kriegslasten befreit sein würde, werde sich nicht erfüllen, da selbst die Siegerländer die Folgen des Weltkrieges zu spüren hätten. Keine weitere Zerstückung Deutschlands, sondern Schaffung eines wirklich einheitlichen Deutschen Reiches und Befestigung der Kleinstaaterei.

Saarbrücken, 28. Mai. (Eig. Draht.)

Am Sonabend befristigte sich eine Funktionärerversammlung der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes mit der Frage der Beteiligung an den Wahlen zum Landesrat, die am 25. Juni stattfinden sollen. Nach reiflicher Überlegung aller für und gegen eine Beteiligung an der Wahl sprechenden Gründe blieb die Versammlung auf dem ursprünglich eingenommenen Standpunkt stehen, nämlich der Wahlenthaltung als schärfsten Protest gegen die Kapitulation eines Parlamentes, mit dem die Regierungskommission beabsichtigt, ihrem volksfremden autoritären Regime einen parlamentarischen Mantel umzuhängen.

Nach dem Umfall des Zentrums, der Deutsch-Demokraten und der Liberalen Volkspartei des Saargebietes, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ist der Mut unserer Parteigenossen an der Saar umso beachtenswerter. Sie allein haben sich, bis zur strikten Ablehnung bekannt. Ablehnend verhalten werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch die Deutschnationalen (verschwindend kleine Gruppe im Saargebiet) und die Kommunisten.

Monarchistenhebe in Bayern.

München, 29. Mai 1922. (Eig. Drahtber.)

Die Drohung der Münchener national-sozialistischen Arbeiterpartei, den Besuch des Reichspräsidenten in München zu verhindern, wurde in Münchener Blättern lebhaft kommentiert. Während sich die Staatszeitung in ratloses Schweigen hüllt, schreibt der „Bayrische Courier“: „Was hier versucht wird, ist Terror, nur von einer anderen Seite als man es bis jetzt gewohnt war. Sicherlich befinden sich unter den nationalsozialistischen Sozialisten nicht wenige frühere Spartakisten. Wir bedanken uns für einen solchen Wiederaufbau nach salzistischem Muster. Eine Staatsgewalt, welche vor derartigen Drohungen kapituliert, würde sich aller Autorität begeben.“ Die „Münchener Post“ sagt: „Was gedenkt die Polizei zu tun? Das Gesetz gibt ihr nicht nur den Auftrag, begangene Straftaten zu verfolgen, sondern auch geplante zu verhindern. In diesem Falle kann sie sich nicht wie bei der Flaggenschändung am Bahnhofspfad darauf hinausreden, daß sie die geistigen oder tatsächlichen Urheber der Straftat nicht gekannt habe. Man kann ihrer vorbeugenden Tätigkeit mit Interesse entgegensehen.“

Zu dem Ueberfall auf die Entente-Kommission in Landshut, der vor einigen Tagen erfolgte, erzählt die Münchener Post, daß das ganze „Attentat“ von einer amtlichen Dienststelle arrangiert worden ist. Das Publikum war von der Ankunft des Militärautos verständigt, das Einfahrtstor absichtlich geschlossen worden, um den nationalsozialistischen Kummel trotz der Unkenntlichkeit der in Zivil gekleideten Ententeoffiziere auf dem Marktplatz durchzuführen zu können. Die Augsburger Abendzeitung feiert diese Heldentat als eine „Regung der erwachten niederbayerischen Bevölkerung.“

Am gestrigen Sonntag stand München wieder im Zeichen der nationalsozialistischen Hochstuf. Die deutsche Volkspartei hatte ihren bayerischen Landesparteitag zu wütenden Angriffen gegen Sozialdemokraten und Demokraten ausgenutzt. Das Straßenbild beherrschte der „Marinetag“ und der „Gedenktag der Nachrichtentruppen“. Von den Repräsentanten des alten Regimes wurden bei den verschiedenen Paraden vorgeführt: Erzherzog Rupprecht, Prinz Leopold, Prinz Eitel, Prinz Ludwig Ferdinand, Lubendorff, Kahr, Groener, Roth. Vor dem Kronprinzenpalais brachten eine Anzahl nationalsozialistischer Clowns dem am Fenster erschienenen Kronprinzen Rupprecht fortgesetzte Huldigungen dar.

Vor der Lösung der österreichischen Regierungskrisis.

Dr. Seipel Bundeskanzler.

Wien, 30. Mai.

Die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung in Oesterreich wurden gestern den ganzen Tag fortgesetzt. Allgemein gilt es als höchst wahrscheinlich, daß der Obmann der Christlichsozialen, Prälat Dr. Seipel das Bundeskanzleramt und der großdeutsche Abgeordnete Dr. Frank das Vizekanzleramt übernimmt. Minister des Äußeren wird der bisherige Handelsminister Dr. Grünberger. Die übrigen Ministerstellen werden zwischen den Christlichsozialen und den Großdeutschen aufgeteilt. Die Wahl der neuen Regierung durch den Nationalrat wird wahrscheinlich bereits heute erfolgen.

Zuchthaus für den Kriegsherrn Bottomley.

Amsterdam, 30. Mai.

Aus London wird gemeldet: Der berühmte Londoner Journalist Bottomley, der frühere Herausgeber der anti-deutschen Zeitschrift „John Bull“ wurde gestern vom Schwurgericht wegen großer Unterschlagungen zu 7 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Bottomley gehörte verschiedentlich dem Parlament an.

Sinkende Devisenkurse.

Berlin, 29. Mai.

Die neue Woche brachte einen weiteren Rückgang der Kurse am Devisenmarkt. Man rechnet ziemlich sicher mit dem Zustandekommen einer Reparationsanleihe. Infolgedessen halten die eigentlichen Devisenverbräucher, d. h. Industrie und Großhandel mit Eindeckungen zurück. Andererseits engagiert sich die Spekulation stark nach unten. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 277 gehandelt. Am Effektenmarkt nimmt die Devisen immer schärfere Formen an. Heute waren trotz des ermäßigten Kursniveaus bedeutende Rückgänge zu verzeichnen. Von einer ganzen Reihe Banken ist die spekulierende Kundenschaft zur Erhöhung der Einrückungen aufgefordert worden. Es fanden bedeutende Zwangsverkäufe statt. Man ist aber, die angeblich börsenlose Lage in Berliner Bankkreisen sehr beunruhigt, da man Komplikationen befürchtet. Amlich protestieren Rebel Neunort 28058, London 1200, Frankfurt 28000.

Die Deutsche Antwort an die Reparations-Kommission.

SPD. Berlin, 29. Mai. (Drahtbericht.)

Die Antwortnote der Reichsregierung an die Reparations-Kommission hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Daraus geht, daß diese Unterstützung binnen kurzer Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag.
 2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Ueberhörschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird, und zwar entweder a) mit Hilfe von Einkünften, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Einkünfte verfügbar sein sollten, oder aber b) durch die Aufnahme von Krediten auf anderer Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.
- Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuerwesens einbringen und alles tun, um dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr, wenn dann mehr als die Hälfte abgezahlt ist, binnen sechs Monaten ein Betrag bezahlt wird, der nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jetzt bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter bestehende Ueberhörschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Maßgaben: a) Solange noch keine Einkünfte an auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung zur Erfüllung der Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 an ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Bestimmung ob und inwieweit eine Ueberhörschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermarkwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet. b) Alle Einkünfte von auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwendet werden, und zwar mit Vorrang vor allem anderen Verwendungszwecken vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles an ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und noch anderer Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Erlaubnis der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Allmählicher Umschwung.

Paris, 29. Mai.

Zu dem noch nicht veröffentlichten deutschen Anterimnote an die Reparationskommission weist das „Journal“ darauf hin, daß es der englische Delegierte Brodhurst gewesen sei, der den Entwurf eines Kompromisses ausarbeitete. Die erste Folge werde nun sein, daß die Koalition bekräftigt würde. Nicht unwichtig habe Lloyd George seine Erklärungen über die französische-englische Beziehung auf diese Woche verschoben. Auch Poincaré sei über nicht wenig überrascht worden, daß die Kammerbeschlüsse ihm Grund gab, sich nach der deutschen Entscheidung zu richten. Bedenklich könne man sich nicht verhalten, daß die Lösung der Frage auf einen neuen Weg führe. Der Herr Handelsminister habe eine Zeit der internationalen Anleihe, d. h. die internationalen Finanzfrage gegen die Lösung der Reparationsfrage in

die Hand nehmen. Aber wenn die Finanz in Szene trete, so dürfte das nicht Abkündigung der Politik bedeuten, im Gegenteil, jetzt sei der Augenblick, um nicht mehr theoretische, sondern praktische Politik zu machen. Jetzt erhebe sich die Frage der Pfänder, die Frage der Erhöhung der Entschädigung und dieser werde die Frage der Revision der Kriegsschulden folgen. Die Liquidation sei unvermeidlich. Aber man müsse die Rechte Frankreichs wahren.

New York, 28. Mai.

Unter dem Titel „Amerikanische Bankiers gegen die Ruhrbesetzung“ hat das „Wall Street Journal“ einen ausführlichen Artikel gegen die Besetzung weiteren deutschen Gebietes mit der Begründung veröffentlicht, daß dadurch die deutsche Wirtschaft weiter geschädigt und einer internationalen Anleihe die sachlichen Unterlagen entzogen würden. Eine Beteiligung an der Anleihe von amerikanischer Seite sei dann undenkbar. Außerdem würden die Kosten für die neuen Besetzungstruppen Frankreichs Budget verschlechtern und auch die amerikanische Stimmung nachteilig beeinflussen, da erneut enorme Summen für unproduktive Zwecke vergeudet werden würden.

London, 29. Mai.

Die „Times“ meldet, es bestrebe Grund zu der Annahme, daß der Völkerbund bei seiner Septembertagung aufgesordert werde, die Aufnahme Deutschlands zu erwägen. Diese Frage sei bei der Sitzung des Völkerbundesrates im Mai unterzucht worden. Es verlautet, daß der Völkerbundrat für die Annahme war, vorausgesetzt, daß in der Reparationsfrage guter Wille gezeigt werde.

Der oberschlesische Besatzungsplan.

W. Breslau, 30. Mai (Telunion.)

Der Besatzungsplan für polnisch Oberschlesien liegt nunmehr vor. Die Uebernahme der Eisenbahn erfolgt am 5. und 6. Juni, die Postämter werden am 8. und 9. Juni übergeben. Die ionigen Verwaltungsbehörden gehen am 10. Juni in die Hände der Polen über, die Polizeireviere, die jetzt von der Polizei Oberschlesiens (Apo) verwaltet werden, am 15. Juni. Dem Vernehmen nach rücken als erste die französischen Truppen ab, ihnen folgen die italienischen und zum Schluß die englischen Truppen. Das polnische Heer und zwar die 3., 8. und die 23. Division rücken nach Oberschlesien, danach in Oberschlesien bleibt allerdings nur die 23. Division, die militärische Besetzung von Katowitz ist für den 10. Juni vorgesehen. Die vollständige Uebernahme von Rybnik soll am 19. Juni erfolgen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Der „Sozialdem. Parlamentsdienst“ veröffentlicht folgende Erklärung der Parteien des besetzten Gebietes im Freistaat Silesien:

Die unterzeichneten politischen Parteien verwahren sich namens der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes gegen alle Bestrebungen, die auf eine Abgabe des besetzten Gebietes an die Entente irgendwelcher Teile des besetzten Gebietes von deutscher Reichsgewalt, sei es durch Renuntzierung oder durch Annexion. Wir bekennen uns zu einer einheitlichen Abwehrfront gegen alle hochverräterischen Pläne und werden jeden Versuch der Errichtung einer rheinischen Republik mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen. Wir erneuern das Urangebot des Deutschen Reichs und versichern, daß wir all das Anstreben werden, daß das besetzte Gebiet mit dem Deutschen Reich unauflöslich verbunden bleibt.

Deutschdemokratische Partei. Deutsche Volkspartei. Deutschnationalistische Volkspartei. Sozialdemokratische Partei. Zentrumspartei.

Ein neues Kulturinstrument.

Die Bedeutung der Elternbeiratswahlen.
Von Fritz Karzen.

Die Elternbeiratswahlen werden von unseren Gegnern mit ungeheurer Erbitterung betrieben. Sie wissen, warum es geht: Wir stehen mitten vor einer gewaltigen kulturellen Neuformung, die in der Elternbewegung zutage tritt. Ein neues Kulturinstrument ist geschaffen. Nun gilt es auch für uns, es zu wachen, es zu halten und es anzuwenden mit dem höchstmöglichen Erfolg!

Träger der Kultur war durch lange Zeiträume der Priesterstand, die Kirche. Ihr allein fiel die Befriedigung aller der Bedürfnisse zu, die über die Gewinnung des alltäglichen Lebensunterhaltes hinausreichten, also auch die Erziehung der Jugend, sobald sie von der Familie allein nicht mehr getragen werden konnte. Aber mit dem Emporkommen der Geldwirtschaft, der neuen durch Geld mächtigen Bürgerklasse und der absoluten Fürstenmacht tritt als neuer Träger der Erziehung der weltliche Staat nach und nach immer stärker hervor und macht die Kirche, namentlich die protestantische Kirche, zur Dienerin seiner Zwecke. Sie macht so unter Bewahrung eines starken Einflusses ihren Frieden mit dem kapitalistisch-militäristischen Staat.

Die außerordentlichen Wandlungen der Gegenwart gehen in Wirtschaft, Politik und Kultur auf Bergeshöhe hin. Wir haben fast nur auf den beiden ersten Gebieten diese Erscheinung aufmerksam verfolgt. Es ist aber dieselbe, die auf kulturellem Gebiete in der Elternbewegung hervortritt.

Dass die dogmatisch-konfessionell gebundene Kirche als Träger einer Zukunftskultur abgewirkt hat, bedarf heute unter uns keines Wortes mehr. Der bürokratische, durch Verfügungen regierende Obrigkeitstaat, unter dem wir auch heute noch leiden, ist und bleibt auf absehbare Zeit die an sich kulturlose Organisation der politischen Macht. Unsere preussische Kultusbehörde hat auch unter Herrn Koellig keine neuen kulturellen Welten geschaffen, sondern hantiert haltlos und planlos hin und her. Es erübrigt sich vollends, auf die geistlichen Schöpfertaten der Provinzial-Kultuskollegien hinzuweisen, die vielfach zu bloßen Briefträgern des Ministers herabgesunken sind und deren Leistungen sich in der kleinlichsten Aufsicht über die Einhaltung von Formalien erschöpfen, die nicht selten die Grenze der Rücksichtslosigkeit überschreiten. Autoritative Aufsicht und Kultur sind nun einmal unvereinbare Gegensätze.

Wo heute neue Kultur wird, entsteht sie wie alles neue gesellschaftliche Leben der Gegenwart aus der aufstrebenden Arbeiterklasse. Die ist nicht vertreten in der Kirchenherrschaft, nicht vertreten in den Kultur-„Behörden“, sie ist aber da als Elternschaft. In Hamburg wurde die neue Schule in den Stürmen der Revolution geboren; sie wurde getragen und hervorgebracht von der neuen Kulturmacht der sozialistischen Elternschaft, nicht etwa vom Staat — so jort-

schrittlich gerade der hamburgische Staat auch ist —, bei dem sie sich auch erst durchsetzen mußte und immer noch weiter durchsetzen muß.

Um der neuen Kulturmacht der Elternschaft, um dem neuen sozialistischen Kulturbewußtsein, das in der Arbeiterklasse lebendig war, ein Organ zu geben, schuf der erste sozialistische Kultusminister Preußens die Elternbeiräte. Und was erlebten wir? Die abgelebten Mächte des Alten, die Kirche und die Anhänger des absolutistisch-militaristisch-kapitalistischen Staates in trautem Verein bemächtigt sich der neuen Einrichtung und bedienen sich ihrer zur Verstärkung ihrer an sich schon in den Behörden genügend starken Position. Man muß einmal erlebt haben, mit welcher rücksichtsloser Brutalität diese „christlich-unpolitisch“ organisierte, unaussprechlich kulturlose Spießbürgergesellschaft dort, wo sie die Macht zu haben glaubt, die finsternste Reaktion durchzusetzen strebt. Da ist kein Dorf zu klein, kein Haushalt zu verächtlich, als daß man nicht, gestützt auf den Kredit der Kirche und der reaktionären Parteien, seine Agitation dorthin trüge und oft genug auch vor der Spekulation gemeine materielle Interessen nicht zurücklassend, mit der Fahne „Christlich-unpolitisch“ eine Politik im Sinne der reaktionären Mächte triebe.

Diesem Treiben steht die Arbeiterschaft gegenüber als der einzig mögliche Träger neuer Kultur, wie sie geboren wird aus ihrem kämpfenden, das Diesseits in Gemeinschaftsarbeit erwerbenden Leben. Sie steht da mit der gelassenen Zuversicht derer, die mit unbedingter Sicherheit wissen, daß ihnen doch die Zukunft gehört. Aber über solcher Zuversicht darf sie es nicht vergessen, der mächtigen, ungeheuer geschlossenen Organisation der Gegner auch eine gleichwertige Organisation gegenüberzustellen, die bis ins letzte Dorf Aufklärung bringt über die entscheidenden Fragen der Kultur und der Schule im besonderen. Sie darf es nicht unterlassen, wenn sie nicht auf Jahre, ja Jahrzehnte zurückgedrängt werden will. Nur die großen Arbeiterparteien, die SPD. vor allem mit ihrer Kulturorganisation, kann hier helfen. An sie ergeht der besondere Ruf!

Noch gibt es offiziell nur Elternbeiräte an den einzelnen Schulen; noch ist ihr offizieller Einfluß überaus gering — und es wäre ein Übel, wollte man jedem einzelnen Elternbeirat einer einzelnen Schule eine entscheidende Macht über die einzelne Schule einräumen, es würde den Zerfall unseres Schulwesens bedeuten! — aber können wir uns nicht: Die Entwicklung wird auf eine Zusammenfassung der Elternbeiräte drängen aus Gründen, die hier nicht näher ausgeführt werden können. Und dann wird ihre Macht als Träger des Kulturwillens wachsen. Lassen wir uns dann nicht überreden; verstanden wir nichts!

Wer sich verantwortlich fühlt für eine neue Zukunft der deutschen Kultur, wer nicht will, daß die Herrschaft des militaristischen Staates und der eng mit ihm verbundenen Kirche wiederkehrt, der werbe überall für unsere Listen an den Volks- und an den höheren Schulen und gebe seine Stimme für sie ab!

Die gefährdete Brotversorgung.

Die gestrige Reichstagsitzung brachte zwar Abstimmungen über zahlreiche Resolutionen, die zum Teil des Ernährungsministeriums gestellt waren, aber nicht die geringste Entscheidung über die künftige Brotversorgung. Die Anträge der Linksparteien, insbesondere der Antrag unserer Fraktion auf Erhöhung der Getreidemenge auf 4 1/2 Millionen Tonnen, auf Sicherstellung von 5 Millionen Tonnen Kartoffeln durch Lieferungsverträge und schließlich auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Zucker fanden bei der Abstimmung im Plenum den entschiedenen Widerstand der bürgerlichen Mehrheit. Ebenso aber wurde die Resolution der Rechtsparteien und der erste Satz der vom Zentrum vorgeschlagenen Entschließung, die beide eine Getreidemenge in der bisherigen Form ablehnen, zu Fall gebracht. Es verblieb von der Zentrumsentschließung das Ersuchen an die Regierung, Kartoffellieferungsverträge zu begünstigen und den wilden Aufkauf und die Spekulation mit diesem Nahrungsmittel zu bekämpfen, und nach Maßnahmen gegen den Zuckerverkehr.

Die bürgerlichen Parteien haben also nicht den Mut gefunden, für eine Sicherstellung der Umlage schon jetzt die Voraussetzungen zu schaffen. Man wartet offenbar auf die Regierungsvorlage über die neue Getreidewirtschaft, die eine Umlage für Brotgetreide nach Art und Umfang der vorjährigen vorsetzen soll — hoffentlich nicht, um auch diese abzulehnen.

Jedenfalls ist aus den Forderungen der Parteien alles gestrichen worden, was auch nur entfernt einer Sicherstellung der Brotversorgung ähnlich sehen könnte. Zwei Monate vor der neuen Ernte wissen Erzeuger und Verbraucher noch nichts Endgültiges über die Haltung der Parteien zur neuen Wirtschaftswirtschaft. Das ist eine bedauerliche Vernachlässigung der Interessen der verbrauchenden Massen, ganz besonders aber für diejenigen bedauerlich, die diesen Parteien ihre Stimme gegeben haben in der Hoffnung, nun auch Hilfe gegen die endlose Steigerung der Brotpreise zu erhalten.

Nach einer U.-Melbung hat der bayerische Antrag, wonach der Bezug von Markenbrot aus Umlagegetreide auf die Mindestermittelten beschränkt werden soll, beim Reich günstige Aufnahme gefunden. Der Vorschlag wird in den Entwurf aufgenommen, der demnächst dem Reichstag und Reichsrat über das Reichsgetreidegesetz zugehen wird. — Bekanntlich halten die Vertreter der Städte, die eine solche Regelung durchzuführen hätten, sie für gänzlich undurchführbar.

Annahme des deutsch-polnischen Vertrags.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat das deutsch-polnische Abkommen gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen, ebenso die Abkommen über die Grenzübergänge und über den deutsch-polnischen Postverkehr. Dagegen wurde die Entscheidung über die Regelung des Rechtsverkehrs auf eine spätere Sitzung vertagt. Der Antrag des Berichterstatters, es möge im Plenum eine Resolution über die Angelegenheiten, wie sie Minister Schiffer in Genf abgegeben habe, wurde gleichfalls, diesmal gegen die Stimmen der Unabhängigen, angenommen.

Ueber die Ratifizierung des deutsch-polnischen Abkommens im polnischen Parlament wird mitgeteilt: Der Berichterstatter, W. Korfants, gab seiner Uebersetzung dahin

Ausdruck, daß die Periode der Gewalttaten bald zu Ende gehe und in allerhöchster Zukunft ein friedliches Zusammenleben mit den Deutschen möglich sei. Er lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß sie mit der Uebernahme Oberschlesiens ein sehr großes Geschäft erhalten habe, zu dessen Durchführung großes Kapital erforderlich sei. Auch betonte er die Notwendigkeit der Auswahl guter Beamter. In der Debatte erklärte ein Abgeordneter der „Nationalen Arbeiterpartei“, daß die Entscheidung des Reichstages ein großes Unrecht an der oberschlesischen Bevölkerung darstelle; die Partei stehe unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß ganz Oberschlesien Polen zugesprochen müsse. Sie werde den Kampf um die Eroberung aller polnischen Gebiete nicht aufgeben. Um aber den augenblicklichen Zustand der Anarchie in Oberschlesien nicht zu verlängern, werde die Partei für die Ratifizierung stimmen. Gleichzeitig mit der Ratifizierung wurde Korfants Resolution zum Beschluß erhoben, der die Regierung auffordert, die notwendigen Kredite zur Fortführung des gesamten Wirtschaftens in Oberschlesien, namentlich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, zur Verfügung zu stellen.

Morgans Kreditpläne für Oesterreich.

Die österreichische Regierung hat die Nachricht erhalten, daß das Bankhaus Morgan in Newyork in der allerhöchsten Zeit Vertreter nach Wien entsenden werde, um die österreichischen Verhältnisse zu studieren und die Grundlagen für einen Aufbaukredit zu schaffen. Die Vertreter der Gruppe werden sich unverzüglich einschiffen, und ihr Eintreffen in Wien wird in ungefähr vierzehn Tagen erwartet. Die Anleihe, die geplant wird, soll eine zwanzigjährige Laufzeit haben, weil der Verzicht auf das Generalpfandrecht gleichfalls auf diesen Zeitraum beschränkt ist. Die Anleihe dürfte voraussichtlich 10 Millionen Pfund umfassen und mit einer entsprechend hohen Verzinsung ausgestattet sein. Für die Anleihe werden mehrere Staatseinnahmen, in erster Linie die Zölle und vielleicht auch das Tabakmonopol verpfändet werden. Aus dem Erlös der Anleihe wird ein Teil zur Deckung des laufenden Bedarfs und zur Beseitigung des Defizits verwendet werden. Etwa ein Betrag von drei bis vier Millionen Pfund soll zur Fundierung der zu gründenden neuen Notenbank für Oesterreich dienen. Diese Bank soll überwiegend mit ausländischem Kapital errichtet und nach modernen banktechnischen Prinzipien aufgebaut werden.

Immer wieder Bayern!

Ausfahrungen gegen Ententesoffiziere.
München, 27. Mai.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Am 26. Mai sollte die Landespolizei in Landshut durch Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission in München kontrolliert werden. Dabei kam es an der Polizeikaserne, vor deren Eingang ein Kraftwagen mit interalliierten Offizieren und einem deutschen Begleitoffizier (sämtlich in Zivil) hielt, zur Ansammlung einer größeren Menschenmenge, die ihren Unmut über die beachtete Kontrolle durch erregte Zurufe zum Ausdruck brachte. Angesichts der drohenden Haltung der immer mehr anwachsenden Volksmenge führen die Vertreter der Interalliierten Kontrollkommission unverrichteter Dinge nach München zurück. Der ganze Vorgang dauerte wenige Minuten. Zu Täuschungen gegen die ausländischen Offiziere kam es nicht.

Man scheint es sich in Bayern als „nationales“ Verdienst anzuzählen, wenn man denpoincaristischen Hebern gegen Deutschland immer mehr neues Material gibt. Die Hohlköpfigkeit dieser Leute, die gar nicht begreifen, welchen Schaden für das gesamte deutsche Volk sie mit ihrer Ergeissen anrichten, wäre unbegreiflich, wenn nicht eine gewisse Erklärung im Verhalten der bayerischen Regierung läge, die unentwegt die nationalpolitische Radaupolitik ermutigt.

Volkswirtschaft.

Russische Wirtschaftspolitik.

Der Bizevorsitzende des russischen Zentralfinanz (wirtschaftliche Genossenschaften) über den Vertrag von Rapallo. In einem von der Petersburger „Krasnaja Gazeta“ gebrachten Interview mit dem Bizevorsitzenden des Zentralfinanz Schewkow über das deutsch-russische Abkommen sagt dieser, die Angebote des deutschen Marktes seien die vorteilhaftesten im Vergleich zu den Angeboten der anderen Länder. Die deutschen Angebote hätten den Charakter solider Angebote, die mit großen weiten Aufträgen rechnen. Andererseits brauche nicht verheimlicht zu werden, daß auch die Sowjetregierung daran interessiert sei, deutsche Fabrikate zu erhalten. Natürlich sei der deutsche Händler dem Zentralfinanz nichts anderes als ein jeder andere beliebige Kapitalist, doch entscheidend sei der beiderseitige Vorteil. Schewkow erklärt, er sei nicht vom Pessimismus bezüglich Genus angekränkt und sei überzeugt, daß das Abkommen mit Deutschland auch das Interesse der anderen Mächte für Handelsgeschäfte mit Rußland stärken werde. — Petrogradskaja Prawda über das Abkommen. Die russischen Stimmen, die erklären, Rußland sei zu arm, als daß es sich erlauben könnte, Deutschlands Wohlstand zu spielen (Verzicht auf Artikel 116 des Versailles Vertrages) sollen bedenken, daß auch Deutschland eine recht solide Kasse von Entschädigungsforderungen vorweisen könnte. Deutschland hat vor dem Kriege in russischen Unternehmungen etwa eine Milliarde Goldrubel investiert gehabt. Beide Seiten könnten einander somit Rechnungen vorlegen, die sie beide nicht bezahlen könnten und die deshalb nur Fiktion wären. Da ist es doch vernünftig gewesen, die beiderseitigen Rechnungen zu streichen und Deutschland zum Wiederaufbau Rußlands heranzuziehen.

Die „Volksfürsorge“ im Jahre 1921.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“, der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft mit dem Sitz in Hamburg unterbreitet der am 10. Juni in Hamburg stattfindenden Generalversammlung einen Bericht über das Geschäftsjahr 1921, dem wir entnehmen:

Es gingen im Jahre 1921 insgesamt 215 044 Anträge ein, und zwar 206 111 für die Volksversicherung, 8993 für die Lebensversicherung. Mit den aus dem Vorjahr übernommenen 6372 Volksversicherungsanträgen waren im Berichtsjahr demnach 221 416 Versicherungsanträge zu erledigen. Von den 215 044 im Berichtsjahr eingegangenen Anträgen entfielen auf die Volksversicherung, Kapitalversicherung 204 672 mit einer Versicherungssumme von 370 525 620 Mk., auf die Sparversicherung 1214 und auf die Risikoversicherung 25 mit einer Versicherungssumme von 47 629,70 Mk. Von den eingegangenen 8993 Lebensversicherungsanträgen entfielen auf den Tarif mit ärztlicher Untersuchung 6640 mit einer Versicherungssumme von 63 131 000 Mk., auf den Tarif ohne ärztliche Untersuchung 2293 mit einer solchen von 18 845 690 Mk.

Abgeschlossen wurden von den 221 416 zu erledigenden Anträgen bei der Volksversicherung 204 103 Kapitalversicherungen mit 364 958 764 Mk. Versicherungssumme, 1220 Sparversicherungen und 24 Risikoversicherungen mit 44 951 Mk. Versicherungssumme, bei der Lebensversicherung mit ärztlicher Untersuchung 5851 Versicherungen mit 55 812 500 Mk. Versicherungssumme, ohne ärztliche Untersuchung 2220 Versicherungen mit 18 015 500 Mk. Versicherungssumme, insgesamt 205 347 Volksversicherungen mit 365 013 715 Mk. Versicherungssumme und 8071 Lebensversicherungen mit 73 828 000 Mk. Versicherungssumme. Abgelehnt oder zurückgezogen wurden in der Volksversicherung 596 Anträge mit 1 319 576,10 Mk. Versicherungssumme, während 6340 Volksversicherungen mit 14 838 617 Mk. und 516 Lebensversicherungen mit 5 029 000 Mk. Versicherungssumme auf das Geschäftsjahr 1922 übernommen wurden.

Ende 1921 betrug der Versicherungsbestand 1. Volksversicherung 750 746 Kapitalversicherungen mit einer Versicherungssumme von 748 886 817 Mk., 97 793 Sparversicherungen mit einer Versicherungssumme von 79 171 154 Mk. und 1989 Risikoversicherungen mit einer Versicherungssumme von 425 059 Mk. 2. Lebensversicherung 5478 Versicherungen mit ärztlicher Untersuchung mit einer Versicherungssumme von 52 458 000 Mk. und 1593 Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung mit einer Versicherungssumme von 15 416 500 Mk., insgesamt 357 899 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 619 957 530 Mk.

Während sich die Volksversicherungssumme im Jahre 1920 um 287 252 968 Mk. steigerte, ist im Berichtsjahr ein Zuwachs von 387 305 598 Mk. zu verzeichnen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 30. Mai.

Allmähliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	29. Mai.	27. Mai.	
Amsterdam	100 fl.	10936.50	11386.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2374.50	2441.00
Kristiania	100 Kr.	5089.70	5313.35
Kopenhagen	100 Kr.	6142.30	6352.05
Helsingfors	100 Kr.	7265.90	7520.55
Stockholm	100 Kr.	574.25	606.20
Helsingfors	100 Finn. Mk.	1478.15	1523.05
Rom	100 Lire	1248.40	1297.35
London	1 £	280.14	288.88
New York	1 Doll.	2561.75	2645.15
Paris	100 Frs.	5368.25	5558.05
Zürich	100 Frs.	4434.45	4584.25
Madrid	100 Pesetas	2.58	2.78
Wien	100 K.	533.80	561.28
Prag	100 K.	34.25	35.05
Budapest	100 K.		

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage etc.

Angelaufen am 29. Mai.				
D.	Amalien	Thiel	Stettin	1
D.	Rastorf	Brestin	Ogelsund	1 1/2
D.	Mira	Granita	Gellingsfors	3
D.	Frieda	Oltmann	Hamburg	4
D.	Estimer	Hansen	Flensburg	18

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freistaat Lübeck und Heiligenhafen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schütz; für Internat. Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Ankerlin

Bester Schuhputz



gibt den schönsten
Glanz, färbt nicht ab
verhält das Leder.

Jobs. Tollgreve
92 Königsstr. 92.
Jugendlose Trauringe.
Bill. Preisberechnung.
Mod. Schmuckfäden.
(2649)
Ankauf von altem
Gold, Silber, Platin,
alten Bestecken, Ge-
bissen und Brillanten.

Ganz neu eingetroffen!



Der heitere Fridolin!

Halbmonatsschrift für Sport,
Spiel, Spaß und Abenteuer.

Ein überaus lustiges Buch
für die Jugend aller Jahrgänge.
Buntfarbig reich illustriert
auf vierundzwanzig Seiten.

Preis 150 Pfennig.

Buchhandlung
FRIEDR. MEYER & CO.
Lübeck, Johannisstraße 46.

U.S. LINES



Regelmäßige Abfahrten
**BREMEN
NEW YORK**

Vorzügliche Reisegelegenheit
in allen Klassen
mit den größten zwischen Deutschland
und Amerika verkehrenden erstklassigen und
schnellen Doppelschrauben-Selondampfern
„George Washington“, „America“, sowie D.
„Peninsula State“ und „Lone Star State“
ab deutschem Hafen

Auskunft und Fahrtscheine durch
GENERALVERTRETUNG
**NORDDEUTSCHER
LLOYD BREMEN**
und seine Vertretungen

in Lübeck: C. F. Schürf & Co.,
Untertrave 12/13. (2630)

Unterstützungen für Rentenempfänger der Angestellten- und Invalidenversicherung.

Die Auszahlung für Juni findet statt für
Empfänger, deren Name beginnt mit den Buch-
staben

A, G, D, E	am Freitag, dem 2. Juni 1922
B	Sonntag, „ 3. „
F, G	Dienstag, „ 6. „
H, J	Mittwoch, „ 7. „
K, L	Donnerstag, „ 8. „
M, N	Freitag, „ 9. „
O, P, Q, R	Sonntag, „ 10. „
Sch, St	Montag, „ 12. „
S, T, U	Dienstag, „ 13. „
V, W, X, Y, Z	Mittwoch, „ 14. „

von 9-12 Uhr, Untertrave 104, Zimmer 1.
Lübeck, den 29. Mai 1922. (2529)
Das Wohlfahrtsamt.

Die moderne Seichlathletik.

Der Siebtlingsport
der alten Griechen
mit 61 Abbildungen.

Von P. Brukon.
Mk. 10.—

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

**Goldbruch
Silberbruch
Uhren
Gebisse**

kauft zum
höchsten Preis

Erichsen
Uhrmacher (2213)
Zilbergrube 56

10 Zischler

für Flugzeugbau zu sofort gesucht. (2665)

Flugzeugwerk Lübeck-Travemünde
(Kraftfahrwerke).

Anna Neumann
Rudolf Müller

Verlobte. (2653)
Lübeck, 30. Mai 1922.

Für erwiehene Teil-
nahme beim Hinscheiden
meines lieben Vaters,
insbesondere dem Metall-
arbeiter-Verband, dem
Sozialdemokratisch. Ver-
ein und für die trost-
reichen Worte des Herrn
Snapp herzlich Dank.
(2638) **F. Walther.**

Dr. o. H. Rindweg, gel.
Ing. u. A 192a Gyn. (2644)

Gefunden 10 Schlüssel
am Ring auf der
Strandbaum. Chauffee.
Abzuholen (2659)
Schwart. Allee 33.

Mir oder Mich?

Vern- und Nachschlage-
buch für den Selbstunter-
richt in der deutschen
Sprache.

Verfassen zum Gebrauch
der Führer.

Leichtförmig dargestellt
von Carl Mann, Lehrer.
Mk. 6.50 Mk.

Verh. v. Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Referenten- führer.

von Eduard David.
Mk. 10.—

Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße.

Dantigung.

Für die herrliche Teil-
nahme sowie die reichen
Krankengeldleistungen
angenehm beim Ver-
gange unserer lieben
Enkelkinder sagen wir
auf diesem Wege unsere
innigsten Dank. (2657)

Johannes Fabrenkrug,
Danneberg.

Geliebt ein älterer
Knabe oder Mädchen
zum Zeitungstragen
für Cleverbusch u. Sand-
wehr. Zu melden (2648)
H. Giese, Rensefeld,
Kortner Straße 30.

Zu verk. 1 D. Damen-
Salböl, Gr. 37. (2642)
Wafengasse 152, pt.

Gutgeh. Freiwagen zu verk.
(2637) Engelwisch 53.

Klappspornwagen
zu verkaufen. (2654)
Glockengießerstr. 22, II.

Herrn - Sportwagen,
Sprengere zu verkaufen.
(2655) Verbecker, 13a, I.

Zu verk. Wagemöbel,
neu, 10x45x720. (2651)
Küdenstr. 65.

Zu verk. 3 D. Schiller
Werke, 9 D. Schiller's W.,
3 D. Schiller's Werke,
1 Kochbuch, a. w. neu.
(2645) Franke, 8.

Guter, sehr. u. einige
Seimer, Gr. 41-42
billig zu verk. (2655)
Kronstr. Allee 121 II.

1 B. w. Saug, 66 St.
(2656) Breite Str. 22, III.

Eine Uhr mit 12
Stirn zu verk. (2655)
Kronstr. 50.

Wahl, Scherzband,
12 St., 1 Rev. Krenz,
1 Rev. K. u. verk. (2652)
Kraibumstr. 63 I. r.

Sehr. Pädagog.-Klein-
w. sehr. u. schön.
(2641) Kitzsch, 6a I.

Sehr. gut. Kinderwagen
zu verk. u. A 193
ca. die G. u. H. (2651)

Schuhwaren:

Braune Herren-Stiefel	775.—
Braune Damen-Stiefel	650.—
Braune Dam.-Halbschuhe	350.— 400.— 375.—
Schwarze Herren-Stiefel	500.— 525.— 450.—

F. Lüdt. **Häxstr. 59.**

Zahle hohe Preise
für
**Gold-, Silber-, Double-,
Platin-, Brillanten-
Gegenstände und Bruch.**

Carl Michaelsen,
Goldschmied, (2635)
Mühlenstraße 3 (Klingenberg).

Für Industrie und Handel

Selber in jeder Höhe gibt und nützlichende Be-
triebe kauft (2647)

Finanzierung u. Kommission G. m. b. H.
Berlin S. W. 68.



Sie staunen
über die Wirkung,
wenn Sie das moderne, an
Saubereit unübertroffene
weltberühmte
S. L. Prima-Donna
Nemo-Korsett
tragen. (2638)

Hauptniederlage:
**Ch. Jepsen, Korsettfabrik,
Breite Str. 42.**

Eröffnung am 1. Juni.

Margarine billig!

 (2667)


Nur allerbeste frische Ware.

Winefa	pro Pfd. Mk. 32.—
Coima	„ „ 33.—
Leobutter	„ „ 34.—
Mein Schlager	„ „ 36.—
hanfa-Gold	„ „ 42.—

für Privats, Wirte und Pensionen
bei Einkauf von 5 Pfd. Mk. 250 Rabatt
10 „ 10.—

Lübecker Margarine-Zentrale
Holstenstr. 6, part. hinten.

Siedlung und Kleingarten



Dierleilige Zeitung
in Kupferdruck, reich illustriert,
mit praktischen Entwürfen
für Kleingarten und Siedlung.
Erscheint alle 14 Tage
Zugpreis für die Vollabon-
nente monatlich nur 100 Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im
„Lübecker Volksboten“

h. gefällige Brauntönen

den billigsten Tagespreisen entspricht
Lübeck, den 29. Mai 1922.
Max Boye, Telefon 244. (2515)

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

c. G. m. b. H. (2654)

Mitglieder-Versammlungen

am Mittwoch, dem 31. Mai 1922,
abends 8 Uhr
für die Warenabgabestelle
Nr. 7, Klosterhof
im Lokale „Weißer Engel“.

Tagesordnung:
Genossenschaften u. Geldentwertung.
Referent: Genosse Göhr.
Verschiedenes.

Für die Abgabestellen
Schwartau u. Rensefeld
im Gasthof des Herrn Brinkert, Rensefeld.
Tagesordnung:
Genossenschaften u. Geldentwertung.
Referent: Genosse John aus Lübeck.
Verschiedenes.

Die Tagesordnung ist für jedes Mitglied
sehr wichtig. Die Frauen sind besonders einge-
laden.

Der Vorstand.

Zentralverband der Angestellten.

Ortsgruppe Lübeck.
Fachgruppen Klein- und Großhandel.

Versammlung

am Mittwoch, dem 31. Mai 1922
abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Zimmer Nr. 1. (2658)

Tagesordnung:
Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsamt.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Kaffeeöffn. 6 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde.
(2632)

Adlershorst.

Jeden Donnerstag:
BALL.

Wissen Sie? Wer?
für Gold, Silber, Platin, Doublee-Sachen und
Bruch, Brillanten, Gebisse — auch einz. Zähne —
gold. und silb. Uhren, Bestecke und alle Münzen
die höchsten Preise zahl!

Westfeling Lübeck
(2635) **Wahlstr. 32.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck. (2662)

Mitglieder- Versammlung

am Mittwoch, dem 31. Mai
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Die Tagesordnung
wird in der Versamm-
lung bekannt gegeben.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Zimmerer

von Schwartau-Rensefeld

Mittwoch, den 31. Mai
abends 8 Uhr

Versammlung

im Gasthof Frankvaal.
(2650) Der Ohmann.

Trocadero.

Schüsselbuden.
Fernspr. 787.

Täglich 8 Uhr
**Weberus-
Konzerte.**

Am Mittwoch, 31. Mai
Ehren- und
Abschiedsabend
der beliebten
**Weberus-
Kapelle.**
(2648)

Hansatheater.

Täglich (2640)
abends prägnant 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Sentations-Schauspiel
in 3 Akten v. Beyerlein.

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 30. Mai, 7.30:
Abschiedsfeierl. von
Carl-Heinz Stein in
„Raufröb.“ (2646)
40. Ab. Vorf. B. St. D.
Mittwoch, 31. Mai, 7.30:
Nach Damaskus.
2. und 3. Teil.
40. Ab. Vorf. B. St. D.
Schluß der Spielzeit!

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 30. Mai.

Aus der Bürgerschaft.

Die kollegiale Schulverwaltung und Elternbeiräte. — Erleichterungen für den Besuch des Seebades Travemünde. — Obstruktion der Hausbesitzer und deren Freunde.

Der Schwüle im Saale ging es am Montag recht lebhaft zu. Schon die Stellungnahme der Oberschulbehörde über die Freigabe der Aulen reizte zum Widerspruch heraus. Es scheint, daß einzelne Herren an hohen Stellen sich über das „niederländische“ Empfinden ausgesprochen reaktionärer Vortragsunternehmer noch nicht klar geworden sind oder daß sie die Dinge nicht verstehen wollen. Bei der Beratung des Antrages N i e l kam eine gewisse Rücksichtlichkeit an maßgebender Stelle zum Durchbruch. Vielleicht hilft der deutliche Vorstoß der Bürgerschaft, bei dem auch Genosse S a u t keinen Zweifel ließ, daß man endlich seine Bahn haben wolle. — Bedenklich stimmte ferner die Senatsantwort zu den Ausführungen des Antrages Schermer, auf Einführung der kollegialen Schulverwaltung und Elternbeiräte lautend. Danach ist sowohl in der Oberschulbehörde wie im Senat die goldene Mittelstunde gefunden. Zum reifen Nachdenken für alle demokratisch gesinnten Staatsbürger waren die Heulereien der Rechtsparthei, die vor jeder folgerichtigen Neuerung des demokratischen Staatswesens Angst haben. Auf die vorzüglichen Darlegungen unseres Genossen F e u e r wußten die Herren Deutschmonarchisten und ihre republikanischer Anhang der Arbeitsgemeinschaftler über nichts anderes zu jammern als über den Untergang der Autorität. So schlau die Herren immer sein wollen, so wissen sie doch nicht einmal, daß diese selbstverständliche Forderung seit Jahrzehnten in der Schweiz mit bestem Erfolg durchgeführt ist, daß sie sich in England praktisch bewährt hat und daß auch in Hamburg gute Resultate vorliegen. Der Deutsche ist etwas schwerfällig; sein bemühter Untertanenverstand kann noch nicht alles sogleich fassen, besonders nicht, wenn man die Geschlossenheit eines Reiches bestrebt. Es gibt eben Unglückswürmer, die unbedingt einer Aufsicht bedürfen; das hat wohl mittlerweile auch die sogenannte Arbeitsgemeinschaft der Bürgerschaft begriffen. Wenn die Sozialdemokratie so ängstlich wäre, dann würde überhaupt kein Fortschritt erzielt. Sie weiß genau, daß da und dort die Wähler nicht zu ihrem Vorteil ausfallen und sie weiß auch, daß gewisse Kreise der Neuerung in der Hauptsache zugetan sind, weil diese glauben, eine besondere Schaffschur vornehmen zu können. Aber sie schätzt, wie unser Sprecher Feuer richtig bemerkte, die Jugendbildner denn doch geistig höher ein, als deutschmonarchische Autoritätsglaubensbeschwörer oder etwa Herr K a s e n q u i s t, der sogar für die ungeschuldigen Angler autoritative Antiquitäten bereitgestellt haben will.

Einig war sich die Bürgerschaft über eine Verbilligung des Besuches von Travemünde. Die Vorlage wurde auf Antrag des Genossen Hagelstein in der ursprünglichen Senatsfassung angenommen. Dazu fanden zwei Erwachen unserer Fraktion allseitige Zustimmung. Ein erweiterter Antrag des Volksparteilers G w e r s, die Fahrtverbilligung auch auf Schläup auszudehnen, wurde ebenfalls gutgeheißen. Die Kommunisten forderten im Prinzip völlig freie Fahrt nach Travemünde, zeigten sich aber auch als Praktiker und befandeten erfreulicherweise ihr Einverständnis mit den sozialdemokratischen Anträgen. Die Jama erzählt, daß sich das 6-Männer-Kollegium nicht recht klar war, um was gewürfelt wurde. Es ist aber so richtig.

Einen ähnlichen Moment hatten auch die vereinigten Grundbesitzer, als die zweite Lesung des Gesetzes über den Zuschlag

zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauens vor sich ging. Der offizielle Redner des Hausbesitzerklubs, Herr Dietrich, sah sich außerstande, die Stellungnahme seiner Klubkameraden reiflos zum Ausdruck zu bringen. Aber was zum Vorschein kam, war gerade genug, um zu zeigen, daß Hausbesitzern allem anderen vorzuziehen soll. Unter den Hausagariern gibt es eben auch Leute, die um jeden Preis als Autoritätsapostel gelten wollen. Genosse Brethmer sagte die Bereitwilligkeit seiner Fraktion bei einer späteren notwendig werdenden Verbesserung zu, aber die traute Gemeinschaft der Arbeitsgemeinschaftler, Volksparteiler und Deutschnationalen wollte durchaus der Mehrheitspartei ihren Willen aufzwingen. Durch juristische und buchhalterische Mittel wollte man die Senatsvorlage verschleppen. Da machte ein Schlußantrag des Genossen Dr. P i e t h der Seiltänzerprobe ein Ende. Nun ging das Purzeln los, und was nicht purzeln wollte, wurde mitgeriffen. Fast die gesamte Rechte verließ demonstrativ und gestikulierend den Saal und versuchte sogar den freundlich in die Welt blickenden Pastor Stahl schmidt wie den kritisch veranlagten Herrn P a p e mitzuschleppen. Doch selbst der stimmungswichtige Sozialistenfresser Herr D i e t r i c h machte die Rechtswendung vergebens, auch er rettete den Freund nicht mehr. Die Schlacht war verloren. Mögen sie nun außerhalb des Saales weiterräsonieren.

Unterstützungen für Rentnempfänger der Angestellten- und Invalidentversicherung. Die Auszahlung der Unterstützungen für Rentnempfänger beginnt im Monat Juni erst am Freitag, dem 2. Juni. Es werden im Juni ausbezahlt die erhöhten Unterstützungen nach dem Gesetz vom 24. April 1922. Mit dem Juniunterstützungen werden auch die Nachzahlungen für die Monate April und Mai gezahlt, da das neue Gesetz rückwirkende Kraft vom 1. April 1922 erhalten hat. Die wesentlichen Änderungen des neuen Gesetzes gegen das frühere bestehen darin, daß das Arbeitsverdienst nunmehr bis zu 4000 Mk. jährlich auf die Unterstützung nicht angerechnet werden darf, daß Zinseinkommen und ähnliche Einnahmen bis zum Betrag von 1200.— Mk. jährlich nicht angerechnet werden und daß die Unterstützung in solcher Höhe bemessen wird, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente oder Ruhegeldes aus der Angestelltenversicherung den Betrag von 4800.— Mk. einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 3300 Mk. und einer Waisenrente den Betrag von 1200.— Mk. erreicht. Diese Sätze bedeuten gegenüber den bisherigen eine wesentliche Erhöhung. Alles Nähere über die Auszahlung im Juni findet sich im Anzeigentitel dieses Blattes. Neue Anträge auf Unterstützungen können während der Zahlungszeit nicht aufgenommen werden, sie sind erst nach dem 15. Juni wieder im Wohlfahrtsamt zu stellen.

Kirchentagswahlen. Die am Sonntag statgefundenen Wahlen zum Kirchentag hatten im 1. Bezirk (städtische und vorstädtische Kirchengemeinden) folgendes Ergebnis: Von den 13 734 eingetragenen Wählern haben 5118 ihre Stimme abgegeben. Auf Wahlvorschlag I entfielen 1488 Stimmen und auf Wahlvorschlag II 2222 Stimmen. Auf Grund des Verhältniswahlverfahrens sind zu Mitgliedern des Kirchentages gewählt vom Wahlvorschlag I (Gesamtverband für entschiedenes Christentum) 7 und vom Wahlvorschlag II (Verband der kirchlichen Gemeindevereine) 20 Vertreter.

Mars in Ebnähe. Der Planet Mars, unser interessantester Nachbar, kommt in diesem Jahre am 18. Juni der Erde auf 68 Millionen Kilometer nahe. Das ist eigentlich nichts Besonderes, denn solche Annäherungen kommen alle zwei Jahre vor. Aber diesmal haben die englischen Astronomen in Greenwiche, in Australien und auf Neuseeland usw. angekündigt, daß sie die günstige Gelegenheit zu besonderen Forschungen auf dem Mars benutzen wollen. Bekanntlich ist man über die vielbesprochenen Marskanäle noch lange nicht einig, und wir haben die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß gerade die allerbesten Fernrohr, z. B. die auf der Vde-Stiermarkte, verkagten, wenn man sie auf die Marskanäle einstellte. Es gab deshalb Astronomen, die das Kanalystem des Mars als bloße Phantasie ansahen. Jedenfalls werden wir auch diesmal von den romantischen Marsbewohnern nicht viel Neues erfahren, denn diese Theorie scheint nun wohl

endgültig aufgegeben zu sein. Die Marskanäle sieht man nicht mehr als Werke übermenschlich intelligenter Ingenieure an, sondern als tektonische Sprünge des verödeten Planeten. Uebrigens, wenn bei der diesmaligen Jagd auf den Mars nicht viel herauskommen sollte, macht es nichts aus. In zwei Jahren, am 2. August 1924, ist eine neue Gelegenheit, und da kommt er sogar auf 55 Millionen Kilometer heran in „greifbare Nähe“.

pb. Festgenommen wurde eine Arbeiterin von hier, die während einer Bierreise mit einem Maschinenführer ihrem Gönner 500.— Mk. in bar gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter aus Frederichshof wegen dringenden Verdachts des Diebstahls. In seiner Wohnung wurden mehrere Sachen gefunden, die offenbar von Diebstählen herrühren.

pb. Diebstähle. In der Nacht zu 28. d. Mts. wurde in dem Geschäft eines Kaufmannes in der Adolfsstraße ein Einbruchdiebstahl ausgeführt, bei dem den Tätern eine größere Menge Lebens- und Genußmittel, wie Zigarren, Zigaretten, sowie verschiedene Spirituosen in die Hände gefallen sind. — Einem in der Elswigstraße wohnhaften Gastwirt wurde ein Fahrrad Marke „Corona“ gestohlen. — Aus einem Kontor an der Falkenstraße ist eine Schreibmaschine Marke „Williams“ und eine Bleistiftspitzmaschine Marke „Jupiter“ gestohlen worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Nach Danuskus, 2. und 3. Teil wird als letzte Vorstellung in dieser Spielzeit gegeben.

Konzert. Einer der seltensten Kunstgenüsse steht den muskliebenden Bewohnern am Donnerstag, dem 8. Juni, vor. In diesem Tage konzertiert der Berliner Lehrer-Gesangverein, wohl der künstlerisch bedeutendste aller Männergesangsvereine, im Kolosseum in einer Stärke von 250 Sängern. Das Programm umfaßt Werke von Mozart, Schubert, Schumann, Reumann, Straßer und Wolfelieder. Dirigent ist Professor Kübel, der Leiter des weltberühmten Domchors in Berlin.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Aus der Parteibewegung. In der Generalversammlung des Bezirkes Hamburg Nord-West erstattete Bezirkssekretär Genosse Vogel Bericht. Es ist ein kleiner Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Haupttätigkeit unserer Genossen und Genossinnen galt der inneren Festigung unserer Organisation. Am 1. April 1922 zählte der Bezirk Hamburg Nord-West 77 246 männliche und 19 974 weibliche Mitglieder, zusammen 97 220 Mitglieder. Am 31. März 1922 wurden 77 971 männliche und 20 013 weibliche, zusammen 97 984, mithin ein Mehr von 944 Mitgliedern gezählt. Die Zahl der Ortsvereine hat sich um 2 von 149 auf 151 vermehrt. Die Jahresabrechnung der Bezirkskasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 916 113,13 Mark ab. Die von der Hauptversammlung einstimmig beschlossene und mit dem 1. Juli d. Js. in Kraft tretende Beitragsanhebung auf 2.— Mk. wöchentlich für Männer und 50 Pf. für Frauen wird auch finanziell wie organisatorisch die Partei zu frächtigen, daß sie allen Anforderungen gewachsen sein wird. — Das Bildungswesen im Bezirk Nord-West wird auf neuer Grundlage, nach den von der Generalversammlung beschlossenen Richtlinien organisiert werden. Sobald im Herbst mit der Arbeit begonnen werden kann. An Stelle des aus der Partei ausgeschiedenen, zur USP übergetretenen Buchmann wurde Genosse Kaijen-Bremen als 2. Bezirksvorsitzender gewählt.

Ulkona. Ein graulicher Fund. Am Sonnabendabend wurde die Polizei nach dem Hause Große Marienstr. 62 gerufen. Nach Öffnung der Wohnung wurden in einer Ecke der Küche stark in Verwesung übergegangene Leichenteile gefunden, aus denen sich nicht feststellen ließ, ob sie einer Frau oder einem Mann angehörten. Die Leiche war der Länge nach in zwei Teile gespalten und die Hälften dann nochmals zerstückelt. Daneben lagen die abgehackten Hände und Füße. Der Kopf der Leiche wurde fast verlohrt im Ofen des Jammers aufgefunden, vor dem in Lumpen eingewickelt die Eingeweide lagen. Nach dem Befund

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. van der Eider.

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Das Heu wurde eingefahren. Alle Hausgenossen, außer der Frau und Joven, waren draußen auf der Ferne. Antje war eine der fleißigsten Arbeiterinnen. Sie wirbelte umher, war bald hier, bald dort. Ihr blaues Köchlein tauchte bald an dieser, bald an jener Stelle auf. Joven beobachtete das Treiben von fern, mit sinnendem Blick, wie man dem Fluge eines Schmetterlings zusieht. Als am Abend das letzte Futter unter Dach kam, und oben auf dem dunstenden Heu die Letzte saßen, mitten dazwischen Antje mit dem wirren Haar und dem erhitzten Gesichtchen, da kam sie ihm vor wie eine Kofe. Aber dann schüttelte er den Kopf über den Vergleich. Kofe und Heu? Nein, das paßte nicht zusammen. Joven hatte sich wieder ein neues Buch schicken lassen; irgendein Zeitungsartikel hatte ihn dazu veranlaßt. Er zeigte es Antje; er gewöhnte sich immer mehr daran, dem jungen Mädchen kein Inneres zu offenbaren. „Die Pflege des Säuglings im ersten Lebensjahre.“ „Es scheint ein vorzügliches Buch zu sein. Was wird nicht gerade im ersten Lebensjahre an Kindern geschickelt! Verstehen Sie mit Säuglingen umzugehen?“ „Nein“, jagte Antje lächelnd. „Sie müssen das Buch unbedingt lesen. Es ist sehr nützlich, falls Sie mal Kinder bekommen.“ „Quack!“ entfuhr es Antje. Rasch unter Erröten, fügte sie hinzu: „Ich bekomme sicher keine Kinder. Dann müßte ich noch erst einen Mann haben.“ „Ach so, ja, Sie mügen recht haben.“ „Aber Sie, Herr, Sie können sich verheiraten, dann kann Ihre Frau es lesen.“ „Meinen Sie?“ Joven war nachdenklich geworden, noch nachdenklicher, als sonst. Im Nachhomer gab es in Bredworf ein großes Fest: das Ringreiten. Hoch zu Ross wurde mit einem Speiß nach einem Ring gestochen. Es waren Preise ausgelost für diejenigen, die den Ring herunterholten. Sobald der Ring gewonnen war, wurde er gegen einen kleineren ausgewechselt. Je kleiner der Ring, je höher der Preis, und der allerkleinste und letzte war der Königerring. Die Ringreitergilde bestand zumeist aus jungen Bauern und Knechten. Bei dieser Gelegenheit mußte man über die Standesunterschiede hinwegsehen, denn die Einwohnerzahl war zu gering, als daß man sie auch bei Volksfesten klassifizieren konnte.

Schon längere Zeit vor dem Feste übte sich die männliche Jugend im Reiten und Stechen. Heie Rehm unterließ es nie, wenn er zum Pflügen austritt, jedesmal am Landwege mit einem Weidenstock nach einer bestimmten Stelle in einem alten Eschenbaum zu stoßen, und wenn Kolf Andersen zum Schmiech ritt, probierte er auch mal, im Trab den Speiß zu führen.

Ein paar Tage vor dem Fest begann auf Rehwischhof ein ruhiges Leben. Kolf war im vorigen Jahre König geworden und mußte das Frühstück, das sogenannte Ringreiterbier, vor dem Ausritt geben, und dies sollte, seinem Stande gemäß, nicht lumpig ausfallen.

Es wurde ein Schinken gekocht, eine ganze Kalbskeule gebraten und ein Fasschen Bier angestochen. Der Tisch war mit schneeweißem Linnen bedeckt; goldglänzend war die Butter, das Brot schlauchweiß und dunkelbraun die Rinde.

Ingeborg Jossen war schon seit mehreren Tagen auf dem Hof und schlief in einer der eingemauerten Bettstellen in der Wohnkammer neben Frau Andersen. Sie ging der Tante zur Hand in Küche und Keller und beim Tischdecken.

Frau Andersen unterließ es nicht, Kolf darauf aufmerksam zu machen, wie gut Ingeborg die Arbeit antsehe.

„Den Schinken hat Ingeborg mal fein mit Zwieback bestraut und mit Nüssen bedeckt, und den Gluten hat sie auch angerührt. Sie ist ke Staatsbeern; wer die mal kriegt, ist nicht betrogen.“ „Ach, mein Magen! — Ja, ich habe die längste Zeit gewirtschaftet.“

Kolf antwortete gar nichts. Seine Augen waren gerade auf Antje gerichtet, die mit den Gläsern und Tellern so flüchtig und geschäftig umging, als wäre es Spielzeug.

„Ich meine Ingeborg!“ Frau Andersen stieß ihren Sohn an. In diesem Augenblick fiel Ingeborg eine Teller mit Wurst aus der Hand; er sprang auf der Zementdielen, und die Wurstscheiben lagen zerstreut dazwischen.

Antje, die in der Nähe stand, hüfte sich sofort, um die Scherben aufzuheben, aber Ingeborg stieß sie beiseite und behauptete mit hochrotem Gesicht, Antje habe sie angerannt und ihr den Teller aus der Hand gelassen.

Frau Andersen beschwichtigte sie, Antje weinte still vor sich hin, und Kolf trat mit zusammengezogenen Brauen vor die Haustür. Er hatte wohl gesehen, wie es gekommen war; aber es erschien ihm nicht der Mühe wert, sich hineinzumischen. Hinterher tat es ihm leid, daß er Antje nicht gegen Ingeborgs unwahre Behauptung in Schutz genommen hatte; aber da erschien es ihm wieder zu spät.

In der Ferne erklang jetzt Musik: die Gänse kamen. Das Frühstück verlief in köhlicher Weise. Niemand sah die dicke Waife auf Kolls Stirn. Man war gewöhnt, ihn ruhig und wortlos zu sehen.

Nach dem Essen ging es hoch zu Ross hinaus auf die Dorfweide. Jetzt kam gleich hinter den Musikanten Kolf Andersen auf seinem braunen Wallach. Kolf Andersen, im Königshut mit dem wehenden Federbusch, mit der rotkehligen Schärpe um die Hüften und der goldenen Halskette, an der die Dentingeln herabhängten und im Sonnenschein flimmerten.

Antje knipfte das Herz vor freudigem Stolz. Am meisten aber freute sie sich über das bunte Straußchen an seinem Degen.

Es wäre wohl Ingeborg zugetan, dies zu winden, aber hiele hatte es verstanden. Als Trina und Antje gestern Abend den Degen des Großknechts schmückten, hatte sie spöttlich die Lippen verzogen, und heute morgen lag Kolls Stab noch ungeschmückt in der Stube. Da war Antje rasch in den Garten gelaufen und hatte mit flinken Händen das Straußchen gepflückt von Reiseda und Rosenknochen und kleinen weißen Stierabblumen. Ingeborg hatte vorher etwas verblickt auf den Degen geschaut; sie mochte wohl denken, daß die Mutter es veranlaßt hatte, und diese war vielleicht der Meinung, daß Ingeborg es pflichte.

Machten sie so denken, was tatis? Die Hauptsache war, daß ihr König nicht ungeschmückt zum Feste zog; sie selbst wollte gern zurücksehen.

So stand sie auch jetzt zurück, als Frau Andersen und Ingeborg von der Haustür aus den Fortziehenden nachblickten. Nur eine ganz schmale Spalte blieb ihr, durch die sie Augen konnte. Ingeborg stand breit vor ihr und rührte sich nicht. Als die Musik ferner klang, drehte sie sich um.

„Warum geht ihr nicht an die Arbeit?“ fragte sie mit hartem Blick auf Antje.

Der Blick traf Antje wie ein Stich. Solche Blicke warf ihr nicht einmal die strenge Frau Andersen zu.

„Ach“, sagte Trina an ihrer Statt, wir haben ja noch den ganzen Tag vor der Hand.“ Dann ging sie gemächlich an die Arbeit. Antje aber war schon längst davongehüpft.

Draußen auf der Gemeindefenne herrschte an diesem Tage ein reges Leben, und es war gut, daß ein heiterer Himmel über dem Feste lagte.

Thief Thiesen, der Krüger, hatte ein großes Leinwandzelt aufschlagen lassen, in dem ein Tanzsaal und eine Schenke eingerichtet waren. Nicht weit davon hatte man die Stangen eingekramt, zwischen denen an einem dicken Tau in einer Klammer der Ring hing. Er blühte in der Sonne, und die Degen der Reiter blühten auch. Die Bredworf meierler vor Ungehuld, Kommandantur führten hin und her. Die Musik setzte ein, und der Tanz begann.

Auch Joven war mit dabei, obgleich er ein schlechter Reiter und ausgießlicher Kämpfer war. (Fortsetzung folgt.)

des Polizeiarztes müssen die Leichenteile schon wochenlang in dem Zimmer gelegen haben, was auch daraus hervorgeht, daß die Wohnung seit dem 24. April unbewohnt ist. Wohnungsinhaber ist der jetzt in Untersuchungshaft sitzende Frau Kommerzienrat. Er hat viele Jahre hindurch in der Friedrichsbadstraße ein Logierhaus gehabt und lebt von seiner in der Innstraße wohnenden Frau getrennt. Über die Personalien der Leiche konnte bisher nichts festgestellt werden. Die später gemeldet wird, hat N. bei seiner Vernehmung am Sonntag morgen eingestanden, die Tat in seiner Wohnung ausgeführt zu haben. N. gab an, er habe am Mittwoch vor Ostern in einer Wirtschaft, die Kasperbahn eine Frau Namens Hese Knapp kennen gelernt. Beide haben sich etwa 100 Mk. Grog getrunken und sind dann zusammen nach seiner Wohnung gegangen, wo er dann die grausige Tat angeblich in angetrunkenem Zustande verübt hat.

Kuzhauen. Meereslegen. Der Geschäftsbericht der deutschen Seefischerei-Gesellschaft Kuzhauen zeigt, daß die Seefischerei ihren Mann noch rechtlich erträgt. Erzielte die Gesellschaft doch mit einem Aktienkapital von 15 000 000 Mk. im Berichtsjahre einen Reingewinn von 1 826 698,50 Mk. Den Aktionären wird außer 4 Prozent noch eine weitere Dividende von 6 Prozent, also im ganzen 10 Prozent arbeitsloser Gewinn in den Schöpfung geworfen. Die Abstreifungen sind derzeit reichlich, daß man fast auf den Gebanten kommen kann, sie sollen den netten Gewinn etwas verkleinern. Das wahrscheinlich nicht geringwertige Inventar wurde bis auf eine Mark abgeschrieben. Viehlich günstig steht es mit dem Schiffpark von rund 22 Dampfern. Diese stehen mit nur 37 745 020,95 Mk. zu Buch und schon auf Dampferneubauten im Werte von 6 567 377,87 Mk. sind Abschreibungen in Höhe von 501 775,68 Mk. vorgenommen worden. Auch die übrigen Konten, wie Gebäude, Meze und Materialien, stehen außerordentlich günstig, so daß ruhig gesagt werden darf: Das Unternehmen trotz der wirtschaftlichen Gesundheit. — Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Fische billiger sein könnten. Es ist nicht notwendig, daß in einer Zeit, wo die Kopf- und Handarbeiterschaft sich Entbehrungen über Entbehrungen auferlegen muß, wo die Lebenshaltung der breiten Volksmassen täglich immer tiefer sinkt, gleichzeitig die kapitalistischen Unternehmungen tiefer einklinken.

Rostock. Schwere Gewitterschäden. Die letzten Gewitter haben in Mecklenburg vielfach großen Schaden angerichtet. So ging in der Umgebung von Neustrelitz ein Hagel nieder, der die Baumblüte vernichtete. In Binnow schlug ein Blitz in ein Wohnhaus ein, worauf dieses vollständig niederbrannte; in Wuckritz brannten zwei Häuser ab, wobei viel Vieh in den Flammen umkam; in Radegast fiel einem Blitschlag das ganze Kruggehöft zum Opfer. In der Umgebung von Schönberg erglühete ein verheerendes Gewitter, das sich namentlich über Petersberg entlud und ein Wohnhaus mit allem Mobiliar und zwei Nebengebäuden einäscherte. In Wobbsladt wurde durch einen Blitschlag gleichfalls ein Wohnhaus mit Stallung niedergelagt.

Rostock. Einen guten Doppelmix heißt die „Recht. Weltzeitung“ zu erzählen. Es war dort vor einigen Tagen zu lesen. In der Feuilleton-Ecke, die bekanntlich bei uns immer mit einem Mix abschließt, stand in unserer Zeitung vom letzten Sonntag folgender Mix: Böses Omen. Grieflinger kommt verärgert in ein Kaffeehaus, wo Blumen gepflanzt seiner wartet, denn es handelt sich um den Verkauf einer größeren Sache. „Nu, was hat der Banter gesagt?“ — Grieflinger zuckt die Achseln: „Das soll er gesagt haben? In der Tat stand ja schon: Nicht zu machen!“ (Meggendorfer Blätter.) Darauf empfangen wir folgenden Brief: Zwecks Vermeidung einer gerichtlichen Strafverfolgung fordere ich Sie hierdurch auf, noch in dieser Woche in dem redaktionellen Teil Ihres Blattes die Erklärung zu veröffentlichen, daß Sie mit dem „Böses Omen“ übertriebenen Artikel in Nr. 112 Ihres Blattes keinerlei Grenzverletzung meiner Person beabsichtigt hatten und daß Ihnen hierzu auch jede Verantwortung fehlt. Als weitere Bedingung verlange ich von Ihnen den Nachweis, daß Sie binnen zehn Tagen an die Geschäftsstelle des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes zu Hamburg, Ferdinandstraße 3, den Betrag von 1000 Mark einzahlen. Grieflinger.“ Daß der Syndikus Heinrich Grieflinger aber seinerseits auch Humor hat, beweist er mit seinem Verlangen von wegen der Zahlung an den Deutsch-völkischen Bund. Der Mix ist nicht schlecht.

Rostock. Er verläßt das sinkende Schiff. Die kommunistische „Volkswacht“ berichtet: Genosse Magenburg scheidet mit dem heutigen Tage aus der Redaktion der „Volkswacht“ aus, um die Leitung der „Kommunistischen Agrar-Korrespondenz“ zu übernehmen. — Damit befaßt sich, was schon vor längerer Zeit angekündigt wurde. Ueber die Ursache des Ausscheidens wird nichts mitgeteilt. Es scheint sich aber zu bekümmern, daß Herr n. Magenburg, wie bereits berichtet, bei einem Teil der kommunistischen Funktionäre in Ungnade verfallen ist. Der Hauptgrund des Ausscheidens dürfte aber darin zu suchen sein, daß infolge der geringen Leserschaft der „Volkswacht“ die Errichtung des Blattes gefährdet ist. Bekanntlich ist seit dem 1. Mai die „Volkswacht“ an Stelle der „Hamb. Volkszeitung“ zum kommunistischen Organ für den Bezirk Lübeck erhoben worden. Die wenigen neuen Abonnenten, die dadurch dem Blatte zugeführt wurden, können aber keine Rettung bringen.

Rostock. Die Arbeitsgemeinschaft Hubertus. Bekanntlich ein auf militärischem Kadavergeheimnis aufgestelltes Gebilde zum Schutze der Junker, ist im vorigen Jahr gelegentlich aufgelöst worden. In Wirklichkeit sind aber die Hubertusen nie noch sich und nunmehr aus den Junkern tätig und man soll sogar streunende aus Bayern herbei, wie z. B. auf dem Saie Meien bei Sternberg. Die „Recht. Weltzeitung“ ist in der Lage, den Verpflichungswesen der Hubertusen zu veröffentlichen. Er steht so aus: „1. Ich treibe der A. G. e. H. „Gau Hubertus“ bei und verpflichte mich: a) zur Erfüllung und Anerkennung der Sehensungen; b) zu intelligenzvollen Benehmen und Achtung gegenüber meinen Führern, Vorarbeitern und Arbeitgebern; c) zu feiner, treuer Kameradschaft; d) zu pflichtbewusster Arbeit zugunsten der Gemeinschaft. 2. Ich erkläre, soweit ich nicht Mitglied des Binds bin, künftige Kündigungsrück beiderseits an 2. Mir ist bekannt, daß ich bei unehrenhafter Führung, dem Verrat Feilheit und moralischer Untauglichkeit sofort ohne Kündigung entlassen werden kann. 3. Ich erkläre an, daß ich, falls ich ohne Kündigung und ohne Erlaubnis der Leitung meine Arbeitsstelle oder die Arbeitsgemeinschaft verlasse, eine Strafe von 300 Mk. zu zahlen habe, für deren Aufbringung ich haften. 4. Ich will mich weiner gegen Kritik dazu betragen, das Ehrenwort der Arbeitsgemeinschaft rein zu halten zum Wohle meines lieben deutschen Vaterlandes. 5. Ich unterwerfe mich dem von den A. G. eingeführten Sparsystem. (Unterzeichnet: In dem Brief aufgeschrieben: ... In die A. G. e. H. „Gau Hubertus“ aufgenommen: 21. 7. 21.“ Dieser Schein mit feiner bekannter Fußfessel des Sparsystems verhält sich nur unvollkommen, was die Hubertusen „Führer“ und „Arbeitgeber“ verlangen: militärischen Kadavergeheimnis oder Hüausauf mit vorgelegter Kritik. Wer das Paradies fürchtet verläßt, läßt auch die über abgehengene Sper Hubertus. Die mecklenburgischen Junker wissen, worin sie besetzen und warum sie ein Schutzherr aufstellen.

Spezialdruck. Schiebergelächse. Die Norddeutsche Reichsanzeiger veröffentlicht einen Brief, den ein Berliner Schieber Herr Walter an eine in Oberndorf bei Oberndorf wohnende Frau richtet und der bereits in weichen Urkunden nach wie vor Revolverbesitzer nach dem Tode des Vorgängers werden sollen. Es handelt sich um folgende Daten, die angegeben per Schrift nach Berlin zu senden werden sollen. Daten ab Dezember 20 000. Nähere siehe in Frau. Post, Seite 148. Post. — 7000 empfangen

Deden, 80 Prozent Wolle, Stück 169 Mark, 6000 Paar neue Grabsentfelle, 291 Mark, 1000 Paar amerikanische Stiefel, ab Lager Hamburg 265 Mk. — 50 000 deutsche Deden, 70 Prozent Wolle, ab Provinz Sachsen, 190 Mk. — 70 000 Paar amerikanische Schürhübe 140 Mk. — Das sind die Leute, die in der Regel mit dem Munde an Deutschlands Wiederaufbau arbeiten, aber alles, was nicht nicht- und nagelstift ist, nach dem Ausland verschleichen.

Wohnungs- und Siedelungswesen in Lübeck.

IV. Die weiteren Darlegungen des Berichtes beschäftigen sich mit den Aufgaben des Lübeckischen und unterstehenden Stadterhaltungs- und Wohnungswesen. Zusammenfassend wird über das Wohnungswesen gesagt:

- Schlussfolgerungen.**
1. Die Organisation des Wohnungswesens hat sich im allgemeinen bewährt. Eine Vereinfachung der Verwaltung kann nur dann eintreten, wenn die Verwaltung der Wohnungen im Staatsbesitz und die Verwaltung des anbaureifen Lübeckischen Landbesitzes von der Finanzbehörde an die Baubehörde übergeht, denn die Bearbeitung in zwei Behörden (die Baubehörde muß die Hauptarbeit tun) erschwert die schnelle Erledigung der Arbeiten.
 2. Der Zugang an Haushaltungen seit dem Jahre 1919 ist allmählich zurückgegangen, ebenso auch die Vermehrung der Wohnungen durch Sterbefälle. Da wir aber die Vermehrung der Wohnungen seit 1920 nicht haben steigern können, sondern sie wegen der immer mehr steigenden Teuerung haben einschränken müssen, so hat eine irgend erhebliche Minderung des Fehlbeitrages der Wohnungen noch nicht erreicht werden können.
 3. Der Wohnungsarausbau zur Ausnutzung nicht voll in Anspruch genommenen Wohnraumes wird voraussichtlich nur noch eine verhältnismäßig geringe Zahl von Wohnungen zur Verfügung stellen, sie wird auf 200—300 geschätzt.
 4. Der Neubau von Wohnungen wird deshalb das nach wie vor wichtigste Mittel sein, um die Wohnungsnot zu verringern. Als erstrebenswertes Ziel müßte es dabei hingestellt werden, den Fehlbeitrag an Wohnungen in einem Jahre oder wenigstens in wenigen Jahren ganz zu beseitigen, um dann wieder in regelmäßiger Bahnen zurückzuführen, auf denen nur der jährliche Zuwachs den Maßstab für den Umfang des Wohnungsbaus zu bilden hätte. Dabei wird man jede Art des Wohnungsbaus unterstützen müssen.

unterstützen müssen. Dem Siedlungshaus kann kein Recht werden; aber auch die kleinste Wohnung im Reihenhause auf kleinstem Grund darf nicht ganz vernachlässigt werden. Ist ein Bau durch Unternehmer wegen des damit verbundenen Risikos nicht zu erreichen, so muß der Staat bauen.

5. Für den Wohnungsbau durch Private sind die im Einkommensteuergesetz gegebenen Erleichterungen mehr als bisher auszunutzen. Zugleich wird zu prüfen sein, ob Lübeck selbst nicht noch durch eigene Steuererleichterungen den Wohnungsbau fördern kann.

6. Die Siedelungstätigkeit in halbländlicher Form und die Heimstättenbewegung ist durch weitere Bereitstellung von Siedlungsland zu fördern. Dafür ist eine planmäßige Vorbereitung der Siedlungen erforderlich, die zugleich Rücksicht nimmt auf die Bereitstellung von Land für Kleingärtner und Gemüsezüchter.

7. Die Unterhaltung des Wohnungsbaus durch Beihilfen darlegen wird vorläufig auch weiter noch nicht zu vermeiden sein. Man wird aber durch unsere Vertretung beim Reich darauf hinwirken müssen, daß auch auf diesem Gebiete die Zwangs-wirtschaft wenigstens allmählich abgebaut wird, damit auf dem Gebiete der Wohnungsherstellung wieder normale Verhältnisse sich gestalten können, in denen zwischen Mieten und Herstellungskosten der Wohnungen wieder ein Zusammenhang erreicht wird.

8. Der Beschaffung von Hypothekengeldern und Zwischenkrediten für den Wohnungsbau wird mehr als bisher Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Als dringende Forderung ist dabei zu erfüllen die neue Festsetzung der mildsüchtigen Grenze für die Beleihung der Hausgrundstücke, weil ohne diese der Geldmarkt sich immer mehr auch von der Hergabe von ersten Hypotheken fernhalten wird.

9. Um den Verfall von Wohnungen nach Möglichkeit aufzuhalten, wird zu erwägen sein, ob der Staat in irgend einer Form Darlehen oder Zuschüsse in besonderen Fällen geben muß.

10. In verstärktem Maße muß für die Wohnungsaufsicht und -pflege gesorgt werden, die in enger Verbindung mit den bestehenden Fürsorgeeinrichtungen besteht ist, die gesundheitlichen und sittlichen Schäden zu mindern, welche die Wohnungsnot zur Folge hat und die in den nächsten Jahren zweifellos in verstärktem Maße in Erscheinung treten werden, wenn nicht neben jenen Maßnahmen eine stark gesteigerte Neubautätigkeit allmählich wieder gesündere Verhältnisse im Wohnungswesen herbeiführt.

11. Die bestehenden Mieterschickbestimmungen wirken in hohem Maße beruhigend und ausgleichend und verhindern ein rücksichtsloses Vorgehen mancher Vermieter. Den auf ihre Aufhebung gerichteten Bestrebungen darf erst nachgegeben werden, wenn das Raumangebot die Nachfrage deckt. Der Vinderung und der allmählichen Überwindung der Wohnungsnot müssen die zuständigen Stellen fernerhin ernste Aufmerksamkeit widmen.

Lübeker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 29. Mai.

Vorsitzender G. Ehlers. Beginn 6.15 Uhr.

Vor Eintritt in die Verhandlungen werden einige Wahlen bürgerlicher Mitglieder in die Behörden vorgenommen. — Die Unterstützung wird folgenden Anträgen zuteil:

Antrag Beß und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Vorlage eines Gesetzentwurfes, nach welchem die Berufungen vom 21. März 1859, sowie vom 18. Juni 1860 betreffend die Verpflichtung zur Annahme eines Amtes als Deputierter bei den Behörden dahingehend abgeändert werden, daß den bürgerlichen Deputierten bei den Behörden der ihnen entgangene Arbeitsverdienst erstattet und der Austritt aus diesen Ämtern erleichtert wird.

Ein Antrag Hoff (Kom.) fordert, die Oberbehörde anzuweisen, daß den Schülern staatlicher und staatlich-unterstützter Lehranstalten verboten wird, der Leugnischen Reichshilfe als Mitglieder anzugehören. — Ein Antrag Klann (Kom.) wünscht für die Erwerbslosen des äußeren Stadtbezirks für die Dauer der Erwerbslosigkeit die Straßenbahn auf Schülerfahrkarten benutzen zu dürfen. — Ein Antrag Frau Zimmermann (WB.) verwendet sich für bessere Zufuhrverföderung.

Zur Beratung steht der in voriger Sitzung unerledigte Antrag Kidel. Er wird von Hoff (Komm.) begründet. Der Redner erklärte, die Oberbehörde solle die Äulen verdächtigen politischen Vereinigungen resp. Personen zur Verfügung. Man rede sich hier mit vaterländischen Vereinstellungen heraus. Selbst Marieholz habe gesprochen und die Frage der Monarchie sei behandelt worden. Ferner habe man Sedanfeiern abgehalten. Der Deutsche Jugendbund, ein Anhängel der Deutschnationalen und Deutschvölkischen, benutze die Äulen des öfteren. Ueber die Oberbehörde brauche man sich nicht mehr zu wundern. Etwas anderes als Mäusenherkhaft sei in Deutschland nicht mehr möglich. Die Kommunisten würden den Kampf rücksichtslos gegen die heutige Reichsherrschaft führen. — Senator Dr. Bermehren erklärt, die Oberbehörde würde alle Anträge auf Ueberlassung der Äulen sorgfältiger als bisher prüfen. In politischen Zwecken seien sie nicht herzugeben worden. Die vom Redner angeführten Beispielen hätten im Jahre 1920 fastigegeben. — Haut (Soz.) gibt keine Zustimmung zum Antrag Kidel kund. Ueber die Senatsantwort müßte man sich wundern. Die Bürgerschaft habe das Recht, soweit sie sich zu verhalten, daß die Äulen nicht zu politischen Zwecken hergegeben werden. Durch einen klaren Antrag müßten die Zweifel beseitigt werden. Der Senat müßte sich auf den Boden der Tatsachen stellen und politisch und vaterländisch nichtig zu beurteilen. Wenn die Äulen allen politischen Parteien hergegeben werden, könne sich niemand mehr beklagen. — Der Antrag Kidel wird mit einfacher Mehrheit angenommen; er geht an den Bürgerausschuß.

Antrag Söhmerer: 1. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr in kürzester Frist eine Vorlage zu bringen, durch die die Selbstverwaltung der Schulen und die Frage der Elternbeiträge gelöst wird; 2. die Bürgerschaft ersucht den Senat, bis zur Neuordnung der Schulleitung die Befragung der offenen Schullehrerhellen auszuheben. — Heuer (Soz.): Aus Billigkeitsgründen für ein exklusives Bürgerstammesmitglied haben wir den Antrag bisher zurückgestellt, doch jetzt muß endlich dem Wunsche der Wehrheiler Rechnung getragen werden. Es handelt sich um eine prinzipielle Stellungnahme über die Selbstverwaltung der Schule und die Elternbeiträge. Der Kampf um die Schule ist seit dem Jahre 1918 vom staatspolitischen Gesichtspunkte aus besonders heiß entbrannt. Die Schule ist eine Lebensfrage des neuen Staates, sie soll das Kind zum Staatskörper erziehen und hierfür soll Träger des neuen Volkstaates sein. Die gegenwärtige Körperschaft und jeder demokratische Gedanke muß darauf dringen, daß auch in der Schulverwaltung demokratischer Geist einzieht. In einem demokratischen Staat ist die Schulleitung ein Staatsorgan wie jeder andere. Heute wird die Schule autoritär geregelt, und nirgends ist ein denaturiertes Regiment gefühligter als in der Jugendberziehung. Die Schule muß ein Spiegelbild des demokratischen Volkstaates sein, sonst laufen wir Gefahr, diesen Staat zu untergraben. Von der Selbstverwaltung müssen wir zur Selbstverantwortung kommen. Diesen Gedanken hat schon zu Zeiten der großen Roten Freiheit von Stein vertreten. Dieser Grundgedanke muß fortwährend fest sein, er ist das Fundament, damit Verantwortung und Gemeinnut. Dieses Grundproblem muß betrachtet werden für die Arbeit in der Schule und die Arbeit des Lehrers. Er ist Arbeit am lebendigen Menschen, die nicht durch Autorität überwiegen werden darf. Die Lehrer werden sich in jedem Augenblicke auf das Gebot eines einfachen Satzes, an dem Reichtum mit den Söhnen herangehen. Heute kann jeder Lehrer Verantwortung und das demütigste Gebot empfangen, der Lehrer kann

sich nicht voll auswirken. Die Selbstverwaltung ist die argnähste und natürlichste Zusammenfassung der Arbeit aller Lehrer. Der Lehrkörper trägt die Verantwortung so gut wie jeder einzelne Lehrer. Berufs- und Arbeitsfreudigkeit werden gewekt. Mit der Selbstverwaltung des Lehrkörpers sind die Elternbeiträge notwendig verbunden. Diese werden zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen. Sie sollen das bisher Trennende zwischen Schule und Haus beseitigen. Diese Einrichtung hat sich anderswärts, wie z. B. in Hamburg und 3 preussischen Regierungsbezirken seit 3 Jahren gut bewährt. Mängel, die noch vorkommen, können mit der Zeit verbessert werden. Die Wiesbadener und hannoverschen Lehrkörper sprechen sich rücksichtslos für das neue System aus. Reaktionäre kleine Lehrervereine am Orte befechteten einen Niedergang des Schulwesens. Die Tatsachen widersprechen dieser Furcht. Für die Selbstverwaltung hat sich auch die Reichsschulkonferenz und der Verband Deutscher Volksschullehrer und Lehrerinnen ausgesprochen. Auch der preussische Kultusminister ist für deren Ausbau. Die meisten Lübeker Lehrer und Lehrerinnen stehen auf dem Boden der Selbstverwaltung. Dieser Gedanke läßt sich nicht mehr unterdrücken. (Beifall bei den Soz.) — Stahl Schmidt (WB.) stimmt im Namen der deutschen Volkspartei dem Antrag Söhmerer zu. Einzelne Mitglieder der Fraktion hätten allerdings Bedenken. Die Idee der Selbstverwaltung der Schule sei bestehend und geeignet, die Berufsstunde der Lehrer zu heben. Aber Ideen schwebten oft leicht in der Luft. Nach dem neuen Schulplane sei es schwer möglich, daß der Lehrer unbedingt an den Rektor gebunden sei. Allgemein könne man nicht sagen, daß die Schuld der Widerstände den Rektoren zur Last falle. Die freie Schulverwaltung könne auch nicht alle Widerstände vermeiden. Ein guter Gedanke stehe gewiß in der kollegialen Schulverwaltung. Er stimme deshalb dem Antrag zu. Auch für die Elternbeiträge wolle er zu haben. Die Eltern müßten noch mehr in die Schulverwaltung hinein und Einfluß auf Weltanschauung und Erziehungen mit diesem System müßte sich die Oberbehörde zunutze machen. — Rehlisen (Arba.) erinnert an die ehemalige geistliche Schulaufsicht. Er sei stets für Sachaufsicht eingetreten. Jetzt wolle die Lehrer wieder kollegiale Schulverwaltung und Elternmitverwaltung. Das sei ein Rückschritt. Die Eltern könnten ja so auch mit den Lehrern verhandeln. So könnten die Eltern wieder die Lehrer beauftragen. Es werde zu Reibereien kommen. Die Schule müsse unter Sachaufsicht bleiben. Ganz besonders wendet sich der Redner gegen die Elternbeiträge. — Dr. v. Bröckel (WB.) ist der Ansicht, daß das Problem noch ungelöst sei. Im Regierungsbezirk Wiesbaden werde der Rektor durch die Behörde auf Lebenszeit gewählt. Nach dem Entwurf des Lehrervereins sei die Selbstverwaltung schädlich. Für die Ausbildung der Kinder sei eine gleichmäßige und ruhige Entwicklung notwendig, und diese sei nur durch das bisherige System möglich. Auch im Interesse der Lehrer liege die Neuordnung nicht. Dem Schulleiter sei es unmöglich, seine Autorität auszuüben. Der Staat selbst komme in eine mißliche Lage und könne sich an niemand halten. Der einzelne Lehrer werde sich auf das Kollegium berufen. Der Staat müsse dieses Problem ablehnen. Die Elternbeiträge seien für die Lehrer gefährlich und würden Parteilichkeit in die Schule tragen. Das Haus könne wohl verständnisvoll in der Schule mitwirken. Die Eltern müßten in die Oberbehörde hinein. Bedauerlich sei, daß die Rektorstelle in Travemünde noch nicht besetzt sei. — Eichholtz (Dem.) stimmt dem Antrag zu, ohne den Ausführungen Heuers in allem zuzustimmen. Das heutige Schulsystem sei nicht mehr geeignet, den Nachwuchs in der Schule für die neue Staatsform zu unterstützen. — Hoff (Komm.) spricht für den Antrag. Die bisherigen Beispiele der Oberbehörde zeigten, daß diese noch in alten Bahnen wandle. Die Rechtsparteien würden der Vorlage sicher zustimmen, wenn die Sozialdemokratie die Schule mit ihrem Geiste durchdränkt hätte. Es sei selbstverständlich, daß den Eltern in der Schule ein gewisser Einfluß gewährt werden müsse. Der alte Geist der Reaktion, der noch herrscht, muß ausgeremert werden. — Senator Dr. Bermehren: Die Oberbehörde hat sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigt und sich auf eine mildere Linie eingestellt. Bewährte alte Einrichtungen sollen beibehalten werden. Lehrern und Eltern sollen größere Rechte gewährt werden. Die heutige Verhandlung werde für die Oberbehörde gutes Material geben. Ob man alles in die Praxis umlegen könne, sei noch ungewiß. Vorzüglich müsse man auf alle Fälle handeln. — Heuer (Soz.) wendet sich gegen die Sinecizurung des Schulleitenden Schulsystems in Bremen, das mit der kollegialen Schulverwaltung nichts zu tun habe. Dazu habe es sich um die eigenen Voten einer Personlichkeit gehandelt. Selbstverwaltung müsse über der Selbstverwaltung als oberste Aufgabe der Staat und Staatsrecht breite Elternrecht. Man dürfe nicht

Rechten auch die Pflichten nicht vergessen. Herr Dr. von ...

1. Antrag: Ratifikation eines auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen ...

2. Antrag: Erhöhung des Gehalts des Polizeiarztes. — Frau Greve (Rom.) polemisiert gegen den jetzigen Polizeiarzt ...

3. Antrag: Nachtrag zum Gesetz, betr. die Erhebung einer Gewerbesteuer von den Betrieben der Gast- oder Schankwirtschaft ...

4. Antrag: Fischereiaufsicht auf dem Radeburger See und der Watzenitz. — Rosk (Komm.) erklärt, der Fischereiaufsicht ...

5. Antrag: Erhebung einer Kurtaxe im Stadtteil, Kurort und Seebad Travemünde. — Hagelstein (Soz.) erklärt, seine Fraktion ...

6. Antrag: Ersetzung eines dritten Nachtrages zu dem Gesetz vom 28. Januar 1914, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend. — Dr. Hauk (Soz.) begründet folgende Änderungsanträge: ...

7. Antrag: Gesetz, betr. die Weitererhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

8. Antrag: Weichhaltung der Vorhänge beim Schlauchhof. — Herr (Dr.) fordert Freigabe der Hauschlachten der Lohbewohner. Die Schlauchgebühren seien zu hoch geworden. ...

9. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

10. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

11. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

12. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

13. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

14. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

15. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

16. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

17. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

18. Antrag: Gesetz, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbauwesens. (Zweite Lesung.) — Ewers (Soz.) betont, daß sich seine Fraktion mit der Tendenz des Gesetzes nicht befreunden könne. ...

nahmen waren im letzten Jahre 1929 zu verzeichnen. In 38 Städten sind 224 männliche und 12 weibliche Stadträte tätig, in 394 Landgemeinden 852 Genossen und 17 Genossinnen. In den 51 Bezirkstagen besitzt unsere Partei 181 Vertreter, in den Kreistagen sind 20 Genossen und 1 Genossin tätig. Die im Bezirk vorhandenen 5 Parteizeitungen konnten, trotz wiederholter Abonnementspreiserhöhung, ihren Bestand halten. Die Frauenbewegung zeigt erfreuliche Fortschritte. In 23 Jugendvereinen sind 2368 Mitglieder vereint. Bildungsausschüsse bestehen in 20 Orten. Im letzten Winter wurden vom Bezirksbildungsausschuß 132 Einzeloorträge und 22 Unterrichtskurse abgehalten.

Gewerkschaften.

Wer anderen eine Grube gräbt... Aus Königsberg wird berichtet: Die Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes lehnte den von kommunistischer Seite beantragten Ausschluß des mehrheitssozialistischen Königsberger Polizeipräsidenten Lübbing aus dem Verband mit 50 gegen 7 Stimmen ab, beschloß aber dafür den Ausschluß des kommunistischen Antragstellers wegen verbandswidrigen Verhaltens.

Kämpfe in der finnischen Papierindustrie. In der finnischen Papierindustrie sind große Kämpfe im Gange und es drohen noch weitere Kämpfe auszubrechen, da die Arbeiterschaft bestrebt ist, ihre schlechten Löhne zu verbessern. Die Unternehmer versuchen, deutsche Arbeiter herbeizulassen und die Angemerkten zu verpflichten, keiner Gewerkschaft beizutreten und an keinen Arbeitsstreik teilzunehmen! Nichtsdestoweniger sind in Warschau auch 20 deutsche Arbeiter in den Streik getreten. — Der finnische Gewerkschaftsbund ersucht darum, den Zugang nach Finnland fernzuhalten.

Aus aller Welt.

Zwei Kiefernwaldbrände. Großen Schaden haben zwei Kiefernwaldbrände angerichtet, die wahrscheinlich durch die Unvorsichtigkeit von Ausflüglern entzündet worden sind und die in Vorbergen nördlich der Lippe und auf der Hohen Mark, zwischen Lavelum und Refen, ausbrachen. 6000 Morgen Kiefern, Fichten und Heidegehölz sind vernichtet worden. Auch in der Nähe von Wobau wurden durch einen Waldbrand 40 Morgen junger Kiefernbestand in den Waldungen des Grafen von Spee vernichtet.

Zugzusammenstoß in Köln. Montag vormittag fuhr ein in der Nähe des Hanielwerkes zwei einfahrende Züge und ein ausfahrender Personenzug zusammen. Tote sollen nicht zu beklagen sein. Die Zahl der Verletzten soll 20 betragen.

Ein furchtbares Unwetter hat, wie aus Köln berichtet wird, den Ort Cuchenheim heimgesucht. Hagelkörner so groß wie Tauben- oder zierlichen die herrlich stehende Feldfrucht und vernichteten alles Gemüse. Die Obstbäume, die eine letzte reiche Ernte versprochen, wurden ihrer Blätter und Blüten beraubt. Große Wassermassen drangen in Häuser und Scheunen und richteten unübersehbaren Schaden an. Im benachbarten Klammersheim fanden zwei Kinder in den herankommenden Fluten den Tod. Telefon und Lichtleitungen wurden an vielen Orten zerstört.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 26./27. Mai 1922

Table with columns for food items (Meat, Dairy, etc.) and their prices in different quantities (per 100g, per 1kg, etc.).

Aus der Partei.

Die Parteibewegung im Bezirk Franken hat im letzten Geschäftsjahre einen erfreulichen Auftrieb zu verzeichnen. Gegen das Geschäftsjahr 1920/21 wurden im Jahre 1921/22 84 164 Beitragsmarken mehr umgelegt. Die Mitgliederzahlen haben sich von 45 272 auf 48 101 erhöht. Gegenüber der Mitgliederbewegung vor dem Kriege ist dies ein Mehr von über 4000 Parteimitgliedern. Die Zahl der Ortsvereine hat sich um 13 vermehrt, so daß wir heute im Bezirk 438 Ortsvereine haben. Auf

Geschäftliches.

Sommerprognosen zu entfernen ist der Wunsch aller der damit Befahrenden und doch gibt es so wenig Mittel, die den gehetzten Erwartungen entsprechen. — Als besonders zuverlässig hat sich nun schon seit längerer Zeit O. Berners Meyers Medizinal-Seife bewährt, deren Schaumauflage genügt, um dem lästigen Unkraut zu begegnen. Viele Anerkennungen liegen vor.

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 759.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

C. Hanschens Restaurant F. 8686. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagsisch 12-2. Abendisch 6-9. Fremdenzimmer.

Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser. Inh. Aug. Brück Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 531. Gute Küche. Str. Bahnhofsstr. 3.

Theater-Restaurant u. Café Fühlhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütlich. Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5-1 Uhr
Billards. W. Bruhn.

Stadthallen — Weißer Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr. F. Lantau.

Stadt-Café Holstenstraße 17.
Täglich Künstlerkonzert. Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert.
Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstlerkonzert

Café Bernhardt Fackenburg
Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spieker Wwe.
Vornehmes Familien-Café. Künstlerkonzert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8898. Breite Straße 13. Erste und vornehmste Lichtbildbühne. Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die ausserwähltesten Programme. Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Dezent Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino.
Johannisstr. 3

Julius Stammer Konditorei — Kaffee.
Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister.
Fabrikation u. Verkauf ingenioser Traringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 25.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied.
Fernruf 5700. Marlesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt
Platenstraße 5. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstätte.

Rudolph Wiese Goldschmied.
Breite Straße 49. Gold-, Silberwaren. Versilb., Alpaca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.
Markt 3.

Meyer & Eggert Fernruf 2423.
Königstraße 116. Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente. Bestanden. Noten jeglicher Art. Saiten. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw.
Ernst Robert. Breite Straße 29. Fernr. 3750.

Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur. Konfektion. Schuhwaren.

Café „Nirwana“ Fernruf 3529, Mühlenstraße 46.

Trocadero Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8,30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

Lichtspiele. Fühlhausen 17/19, im Hause der Fledermaus. Jeden Dienstag neues spannendes Programm. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel? Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Reserviert.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1.
Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8893.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg.			Büden			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Niendorf
6 ⁰⁰	7 ⁴⁵	12 ⁰⁰	8 ⁰⁰	9 ¹⁵	6 ³⁰	7 ⁴⁵	7 ¹⁵	8 ¹²	6 ¹⁵	7 ²²	5 ²² W
7 ⁴⁷	9 ²¹	2 ¹⁵	1 ³⁰	2 ⁴⁷	11 ⁴⁵	1 ⁰⁰	9 ⁴⁷	10 ⁴⁵	8 ²⁸	9 ¹⁵	8 ¹⁵ W
9 ⁰⁰	10 ⁵⁵	4 ¹⁵	4 ¹⁵	5 ³⁰	6 ⁴⁵	3 ²⁷	12 ¹³	1 ⁰⁰	12 ²⁴ *	1 ²¹	9 ⁴² S
11 ⁰³	12 ³⁵	6 ⁰⁰	5 ³⁰	6 ⁴⁵	3 ²⁷	4 ¹²	1 ⁴²	D 2 ²⁵	2 ⁵⁵	3 ⁵⁸	10 ¹²
1 ¹⁰	2 ¹⁵	8 ⁴⁵	9 ¹²	10 ³⁴	7 ²²	8 ¹⁰	2 ⁰⁰	2 ⁵⁶	7 ²⁵	S 8 ²⁴	3 ¹⁵
1 ³⁵	2 ⁵⁰	10 ¹⁷	11 ⁵⁴				7 ²¹	8 ²⁰	7 ¹⁶	8 ⁵⁹	7 ⁴²
3 ⁴⁴	5 ⁰²	2 ¹⁵	3 ⁴²								
4 ¹⁷	5 ³⁵	12 ²²	1 ⁰⁰								
5 ¹⁰	6 ²⁸	3 ³⁰	5 ¹⁶								
7 ¹⁵ D	8 ³³	5 ¹⁶	6 ⁵⁴								
7 ³²	8 ⁵⁰	5 ¹⁶	6 ⁵⁴								
8 ¹⁵ D	9 ³³	7 ⁰²	8 ⁴⁰								
9 ²⁵ S	10 ⁴³	9 ¹⁷	10 ⁵⁵								
9 ³²	11 ⁰²	9 ³⁵	11 ¹³								
2 ¹⁵	3 ³³	11 ⁴⁵	1 ⁰³								

Kleinen

Lübeck	Hamburg	Lübeck
7 ¹⁵	8 ³³	7 ³⁵
9 ²⁵ D	10 ⁴³	9 ⁰²
9 ⁴² D	10 ⁶¹	1 ⁰⁴
12 ⁰²	1 ²⁰	D 7 ¹⁰
5 ¹²	7 ³⁰	7 ⁰⁹ D
9 ¹²	10 ³⁰	7 ⁰⁵

Segeberg

Lübeck	Segeberg	Lübeck
8 ⁰⁷ W	10 ⁰²	5 ⁴⁵
9 ⁰⁰	10 ²⁹	10 ³² W
2 ¹⁰	3 ⁵⁵	10 ³⁷ S
7 ³⁰	8 ⁵⁵	4 ¹⁵ W
		5 ⁴⁵ S

ab Strand ab Stadt ab an
W = Wochentags.
S = Sonntags.
D = D-Zug.
(Ohne Gewähr).

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe.
Markthalleingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.
Marlesgrube 45, 40. Inh.: Gari Peters & Rudolf Neels.

Georg Petersen Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Camphausen & Co. Kraftfahrzeuge.

Possehl's Kohlenhandel Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 62
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.

Koks • Kohlen • Briketts Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holzbohlen-Lager. Täglicher Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441.

F. W. Tietz Fuhrwerksbetrieb bei billigster Berechnung.

Adolf Bergfeld, Lübeck Inhaber Hermann Knöhl.
Oelen, Herde, Grudeherde, Gaskoher Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.



Lebensmittel und Drogen

L. Röpfer Fernruf 8915. Königsstr. 75.
Kaffeegroßhandlung und Kolonialwaren.

Reserviert für **J. G. Niederegger** Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee 59a und b.
Fernruf 281/557.

Postdoker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. inh. Chr. Stakelbeck
Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter- und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

Aland Bod- u. Bierwurst.

Erich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

Fischversandhaus „Möwe“ Alfr. Beßmann & Co., Lübeck. Fernruf 1952. Kl. Burgstraße 6.
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Prümm Fernruf 651.
Wahmstr. 21. Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buck Fernruf 3734.
Breite Straße 36. Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen — Fettwaren.

Johannes Hanssen Balauerfohr 17.
Kolonialwaren — Fettwaren.

Reserviert für **Janssen Delikatessen** Beckergrube 7.

Spehmann & Fischer Kartoffeln, Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

Fr. R. Müuß Günstiger Einkauf von Lebensmitteln. Alfstraße 25.

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 800.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644.
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe. Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

Bruno Soltmann Fleischhauerstr. 31. Konditorei u. Kuchenbäckerei.

Lübecker Central-Brotfabrik
R. Spangenberg, Lindenstraße 20/22.

Ernst Vob. Große Burgstraße 59. Kolonialwaren. Spirituosen.

Fr. Weingärtner Nachf. Johannisstr. 3. Konfitüren. Delikatessen

Ed. Teuteberg Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenfeind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

Wilh. Ewert Schuhwaren. Untertrave 3.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Rebien Schwönekenquerstraße 26.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt Schuhwaren.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerfohr 4.

B. Dittmer Fühlhausen 7. Schuhreparaturwerkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988.
Mühlenstraße 42. Leder- und Schuhmacherbedarfartikel-Handlung.

Alexander Krock Königstr. 47, b. d. Johannisstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

F. Fränkel Breite Straße 35 und Holstenstraße 4.
Billigste Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern und Reiseartikeln.